

9 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Wir kommen zu den dringlichen Anträgen und beginnen mit der ÖVP zum Thema Blutspenden im Rathaus, Antragstellerin ist die Gemeinderätin Hopper.

9.1 Blutspenden im Rathaus im Zweimonatsrhythmus (GRⁱⁿ Anna Hopper, ÖVP)

GRⁱⁿ **Hopper**:

Vielen lieben Dank, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des Stadtsenates, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Ich darf einen Dringlichen heute vortragen, der nicht nur mir persönlich ein ganz großes Anliegen ist, sondern ganz, ganz vielen anderen Menschen bei uns in Graz auch, nämlich jenen Menschen, die ...

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Bitte um etwas mehr Ruhe im Saal.

GRⁱⁿ **Hopper**:

... nämlich den Leuten insbesondere wichtig, die regelmäßig aufgrund einer Erkrankung auf Blutprodukte angewiesen sind. Es ist aber auch jenen Menschen wichtig, die sich der Situation bewusst sind, dass sie jederzeit in die Situation kommen könnten, Blutprodukte zu benötigen. Mir ist es deswegen auch persönlich ein Anliegen, weil ich, wie ganz, ganz viele andere auch, letzte Woche, wie auch öfters unterm Jahr, dem Aufruf des Roten Kreuzes gefolgt bin und im Steirerhof ...

GRⁱⁿ Hopper weist StR Dr. Riegler, KO GR Ehmann und KO GR Dreisiebner darauf hin, leiser zu sprechen.

GRⁱⁿ Hopper:

Verzeihung (*Appl.*).

Ich glaube, direkt sein darf man noch. Ich bin gemeinsam, jetzt komme ich wieder zurück zu meinem Antrag, jetzt habe ich es wieder, danke, Entschuldigung, insgesamt waren dort über 350 Personen, die sich dort, und das war nicht wirklich kühl dort oder gut ventiliert, aber die sich trotzdem angestellt haben, denen es wichtig war, dass sie auch ihren Beitrag leisten in einer Krisensituation, wie sie jetzt gerade auch in den Lagern daliegt. Ich glaube, wir haben alle schon mitbekommen, dass aktuell die Lage in den Lagern, ich bin heute ein Fan von Wortwiederholungen, sehr, sehr bedenklich ist und aktuell sogar dazu führt, dass Mediziner und Medizinerinnen Triagen vornehmen müssen, natürlich auch bedingt durch den Aufstau an Behandlungen oder Operationen, die während der Corona-Zeit nicht durchgeführt wurden, und deswegen gibt es einfach einen enormen Mehrbedarf an Blutkonserven. Viel, viel mehr als dieses spontane Engagement beim Blutspenden braucht das Rote Kreuz aber, und das habe ich auch mit den Kollegen dort vor Ort besprochen, Dauerspender und Dauerspenderinnen. Ich glaube, dass das etwas ist, wo wir als Stadt Graz eine enorme Vorbildwirkung haben, um diese Solidarität und dieses Miteinander in der Gesellschaft auch zu stärken und auch das Bewusstsein zu stärken, wie wichtig eigentlich Blutspenden und diese Blutprodukte immer wieder sind. Ich weiß, dass das Magistrat Graz um die zwei- bis dreimal im Jahr eigentlich auch das Blutspenden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch anbietet hier im Haus. Ich bin aber der Meinung, dass wir hier noch einen Schritt weiter gehen können und das ausweiten auf eine Regelmäßigkeit, sodass jene Personen, die im Rahmen dieser Blutspendeaktionen im Rathaus Blut spenden, auch zu Dauerspendern werden, und das ist ab dem 57. Tag nach der letzten Blutspende möglich. Aus diesem Grund würden wir uns wünschen, dass dieses Angebot zweimonatig tatsächlich auch stattfindet hier im Rathaus oder an

einem anderen passenden Ort und dass zu dieser Blutspendeaktion nicht nur jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Magistrat beschäftigt sind, eingeladen sind, sondern auch die Mitarbeiter unserer Beteiligungen. Um dieses Bewusstsein noch ein bisschen mehr zu stärken, und das ist, glaube ich, schon durch die Blutspendeaktionen sehr gefestigt bei uns im Haus, ich glaube, dass man da trotzdem auch noch einen draufsetzen kann und mit einer internen Kampagne, und das wäre der Forderungspunkt, den wir auch an den Herrn Gesundheitsstadtrat aussprechen, mit einer internen Kampagne, die auch darauf abzielt, zu diesen Blutspendeaktionen aufzurufen und nicht nur zu sensibilisieren, tatsächlich sehr, sehr viel gewinnen können und so das Rote Kreuz sehr, sehr stark unterstützen können, die Sensibilisierung für das Blutspenden, die Wichtigkeit des Blutspendens stärken können bei uns in der Gesellschaft und darüber hinaus dadurch, glaube ich, auch das Miteinander. Ich würde mich über die Zustimmung freuen und entschuldige mich für die Unterbrechungen während des Vortrages meines Antrages (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dem dringenden Aufruf des Roten Kreuzes vom vergangenen Mittwoch, 29. Juni, Blut zu spenden sind mehr als 350 Personen nachgekommen. Dabei wurde bei Rekordtemperaturen eine Wartezeit von bis zu 90 Minuten in Kauf genommen, bevor im vierten Stock des Steirerhofes am Jakominiplatz die Blutspende durchgeführt werden konnte. Während dieses spontane Engagement ein starkes Zeichen der Solidarität darstellt, ist das Rote Kreuz vor Allem auch auf Dauerspender:innen angewiesen, die regelmäßig zum Blutspenden kommen, um die wichtigen Blutreserven in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu haben. Blutspenden ist für alle Personen zwischen 17 und 70 Jahren mit einem Körpergewicht von über 50 Kilogramm möglich, sofern sie nicht durch bspw. Diabetes oder Eisenmangel in eine der Ausnahmeregelungen fallen. Der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Gerald Schöpfer, hat in der Kleinen Zeitung vom 29. Juni vor dem Hintergrund des niedrigsten Standes seit 25 Jahren eindringlich auf die Notwendigkeit von treuen

Dauerspender:innen hingewiesen. Beinahe jede und jeder kennt Personen, die in der Vergangenheit im Rahmen einer Behandlung auf eine Blutkonserve oder ein anderes Blutpräparat angewiesen waren, und jede und jeder kann selbst in die Situation kommen, in welcher er oder sie auf Spenderblut angewiesen ist. In der aktuellen Situation kann es dazu kommen, dass Ärzt:innen bei wenigen verfügbaren Blutprodukten im Rahmen von Triagen gezwungen sind, zu entscheiden, welche Eingriffe oder Behandlungen vorgenommen werden können. Diese Entscheidungen sind nicht nur belastend für die behandelnden Mediziner:innen sondern insbesondere für die betroffenen Patient:innen. Diese Umstände wären einfach und unkompliziert zu verhindern, indem das regelmäßige Spenden von Blut im Rahmen des sozialen Bewusstseins in unserer Gesellschaft (noch) besser verankert wäre. Die Stadt Graz hat dabei – aus unserer Sicht – ihrer Vorbildfunktion in der Gesellschaft nachzukommen. Die rund 3.750 Mitarbeiter:innen des Magistrat Graz haben zwei Mal im Jahr bereits die Möglichkeit, in den Räumlichkeiten des Rathauses Blut zu spenden. Dieses Angebot sollte vor dem Hintergrund der „Pensionswelle“ bei Spender:innen erweitert werden, sodass in einem zweimonatigen Abstand eine Blutspendeaktion unkompliziert und niederschwellig ermöglicht wird. Eine interne Sensibilisierungskampagne in Kombination mit einem Aufruf an den Spendenaktionen teilzunehmen, sollte ebenfalls realisiert werden.

Das bestehende sowie das zukünftig erweiterte Angebot sollte zudem allen Mitarbeiter:innen des gesamten Hauses Graz zugänglich gemacht werden. Somit könnten knapp 4.000 weitere Personen erreicht werden, die unter Umständen bisher noch nicht vom Roten Kreuz erreicht werden konnten. Gleichzeitig sollte dieses soziale Engagement für kranke Mitmenschen durch ein Anreizsystem für die spendenden Mitarbeiter:innen belohnt werden.

Auf diese Weise kann die Stadt Graz ihrer angesprochenen Vorbildwirkung nachkommen, aktiv zukünftigen Engpässen entgegenwirken und das Miteinander in der unserer Gesellschaft nachhaltig stärken.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge entsprechend des Motivenberichts folgende Beschlüsse fassen:

- 1) Frau Bürgermeisterin Elke Kahr möge die Organisation eines Blutspendeangebotes für die Mitarbeiter:innen des Magistrates Graz in einem regelmäßigen Abstand von zwei Monaten prüfen.*
- 2) Das für Gesundheit zuständige Stadtsenatsmitglied Mag. Robert Krotzer möge in Zusammenarbeit mit Frau Bürgermeisterin Elke Kahr eine hausinterne Sensibilisierungskampagne der Wichtigkeit der regelmäßigen Blutspende, welche mit einem Spendenaufruf verbunden ist, prüfen und umsetzen.*
- 3) Das für städtische Beteiligungen im Haus Graz zuständige Stadtsenatsmitglied Manfred Eber möge prüfen, inwieweit zukünftige Blutspendeaktionen im Grazer Rathaus auch auf Mitarbeiter:innen der Beteiligungen ausgedehnt werden können. Alternativ möge Stadtrat Manfred Eber mit den Beteiligungen in Kontakt treten, um eigenständige Blutspendeaktion zu initiieren.*

GRⁱⁿ Slama:

Hallo liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen, liebe Anna. Cooler Antrag, danke einmal dafür. Zur Dringlichkeit können wir einmal grundsätzlich sagen, es hat sich die Situation mittlerweile wieder ein bisschen stabilisiert, Gott sei Dank, einfach dadurch, dass auf den ersten Aufruf jetzt auch sehr viele Menschen aktiv geworden sind. Wieso ich persönlich, und ich glaube auch wir als Klub, diesem Antrag auch in der Dringlichkeit zustimmen werden, ist, dass mittlerweile wirklich Engpässe im Sommer und im Winter absolut gang und gäbe sind beim Blutspenden. Das Problem ist halt auch, dass 2022 sehr viele Menschen aus der Baby-Boomer-Generation über 60 sind und damit nicht mehr hineinfallen in die Gruppe, die Blut spenden kann, aber immer mehr Blutspenden braucht. Damit wird sich bis 2030 die Situation auch immer weiter verschärfen, das

heißt, es ist dringend, dass wir da etwas machen, es ist dringend, dass wir da aktiv werden. Wir haben jetzt auch das Glück, dass natürlich das diskriminierende Blutspendeverbot aufgehoben wird und ab Herbst dadurch auch ein komplett neuer Pool an Menschen Blutspender und Blutspenderin werden kann. Wir haben natürlich jetzt auch die Chance, dass wir das an einem sehr zentralen Ort machen können. Ich hoffe sehr stark, dass es nicht nur geplant ist für die Menschen, die hier arbeiten, sondern auch grundsätzlich öffentlich zugänglich sein wird, man hätte hier nämlich die Chance, dass man genau an einem sehr zentralen, erreichbaren und offenen Ort eigentlich sehr viel mehr noch macht. Da gilt es natürlich auch, also das ist auch die Bitte an die Personen, die den Antrag dann bearbeiten werden, dass da vor allem dann auch die Zeiten und die Tage evaluiert werden. Weil wir kennen das ja jetzt mit den Terminen, die es zum Blutspenden teilweise gibt, dass die ganz komische Zeiten, ganz komische Tage haben und dadurch einfach von vielen nicht wahrgenommen werden können. Also da einfach die Bitte, darauf zu achten. Ansonsten werde ich sowohl im Inhalt als auch in der Dringlichkeit zustimmen, danke für den Antrag (*Appl.*).

GRⁱⁿ Hopper:

Ich weiß jetzt nicht, ob noch Wortmeldungen kommen oder nicht, deswegen möchte ich die Möglichkeit ganz kurz nutzen. Ich finde alleine die Wortmeldung von der Anna jetzt gerade sehr, sehr positiv, ich glaube, dass wir hier einfach eine Vorbildwirkung haben und ich auch ich würde mir wünschen, dass das dann auch öffentlich zugänglich ist. Viel, viel wichtiger als das ist, glaube ich, dass wir diese ganze Gemeinschaft, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dazu motivieren, das cool zu machen, und damit auch einen wichtigen Beitrag leisten können, dass wir in Zukunft diese Triagen und auch diese Kernzeiten, die du auch angesprochen hast, wirklich bewältigen können, und ich freue mich über die Zustimmung zur Dringlichkeit, die sich vielleicht, hoffentlich, abzeichnet.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heute sprechen zu dem Thema scheinbar Menschen mit dem gleichen Vornamen, aber wir sind uns, glaube ich, alle, wie wir gerade gesehen haben, einig, dass dieses Thema dringlich ist. Es ist nicht nur dringlich, weil es sehr wohl die genannten Engpässe gibt, die gibt es immer wieder und da wird auch immer wieder mit Kampagnen, mit Informationen, mit massiven Terminausweitungen vom Roten Kreuz reagiert. Ich selbst bin auch in der SMS-Newsletter, ich bin im E-Mail-Newsletter, ich versuche es immer, wenn es mir möglich ist, Blut zu spenden, und das ist vor allem auch im Großraum Graz möglich, eigentlich fast zweiwöchig. Dadurch, dass wir uns alle einig sind, dass dieses Thema natürlich dringlich ist, dass es dringlich ist, dass man, wenn man eine Blutspenderknappheit hat, dass man reagieren muss und dass hier auch die Stadt Graz da sehr wohl einen Beitrag leisten kann, kann ich auch nur sagen, dass es hier sehr viele Blutspender:innen auch im Raum gibt, weiß ich, weil ich verfolge natürlich auch Social Media, und jeder sollte das auch wirklich verbreiten, wenn man das macht. Das, warum ich mir schon auch denke, dass es wichtig ist, das auch ehrlich zu machen, ist, wir haben trotzdem in Österreich eine Fraktion, die sich jahrelang verwehrt hat, einer gesamten Gruppe das Blutspenden überhaupt möglich zu machen. Und deswegen habe ich einen kleinen Zettel hier mitgebracht, wo ganz klar draufsteht, dass es seit Jahren für homosexuelle Männer, für bisexuelle Männer und für Transpersonen nicht möglich war, Blut zu spenden, und das nur, weil sie in den letzten Monaten Sex mit Männern gehabt haben und dadurch automatisch ausgeschlossen wurden. Diese Fraktion hat das jahrelang, jetzt auch wieder im April dieses Jahr, quasi nicht geschafft, diesen ständigen Ankündigungen, diese offensichtliche Diskriminierung aufzuheben, wirklich auch Taten zu folgen. Seit Jahren ist auch das Rote Kreuz dahinter, da Druck zu machen, dass diese Blutspendeverbot für schwule und bisexuelle Männer aufgehoben wird. Und jetzt sind sehr viele Gesundheitsminister ins Land gezogen und es gibt endlich einen Gesundheitsminister, der das auch wirklich aufheben möchte. Deswegen gut, dass es möglicherweise jetzt im Herbst wirklich aufgehoben wird, aber trotzdem möchte ich euch sagen, dass es wichtiges Thema ist, das man nicht mit Populismus

verkaufen sollte, sondern endlich auch mit der Wichtigkeit behandelt, die es verdient, nämlich dass wir uns alle dazu bekennen, dass alle Menschen, die Blut spenden wollen und die sich eignen, gesundheitlich eignen, das auch können. Deswegen danke für den Antrag, wir werden natürlich zustimmen, aber ich hätte mir das schon viel, viel früher von euch gewünscht (*Appl.*).

GRⁱⁿ Hopper:

Vielen Dank, Anna. Ich habe mir schon gedacht, dass das jetzt auch kommen wird. Ich glaube, ich spreche hier für alle, die hier in diesem Raum sitzen, dass wir uns sehr freuen, dass diese Regelung jetzt auch stattfinden wird. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm ein enormes Anliegen ist, die ist von unserer Fraktion. Ich glaube, dass das etwas ist, was man auch gerne auslöst. Ich weiß auch, dass es nach wie vor enorm große Diskussionen gibt über die Einschätzung von Risikofaktoren. Das ist nach wie vor so, dass, wenn man mit drei verschiedenen Leuten Geschlechtsverkehr im vergangenen Jahr hatte, dann eigentlich nicht Blut spenden dürfte. Es ist auch bekannt, dass diese Fragebögen nicht immer ehrlich ausgefüllt werden; das ist sind alles Dinge, die dazu beitragen, dass man immer wieder darüber diskutieren muss. Ich glaube, das Wichtigste ist, und ich glaube, da sind wir uns alle im Raum einig, ist, dass wir ganz klar für das Blutspenden eintreten, dass wir jene Menschen unterstützen, die auf Blutprodukte angewiesen sind und somit auch im Endeffekt ein bisschen uns selbst absichern, jeder Einzelne von uns, weil falls einmal etwas sein sollte, kann es jederzeit sein, dass wir auch auf Blutprodukte angewiesen sind und dann würden wir uns alle wünschen, dass welche da sind. Ich danke für die Zustimmung und für Wortmeldungen (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

9.2 Jährliche Stellplatzbilanz (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ein etwas sperriges Thema zugegebenermaßen, nämlich die Stellplatzbilanz. Ich habe es jetzt einmal als jährliche Stellplatzbilanz genannt; die Stadtregierung, im Wesentlichen geführt durch KPÖ und Grüne, verfolgt, aus meiner Sicht, zunehmend eine Neuverteilung der Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu Lasten der Interessen der Nutzer:innen von privaten PKW, aber auch, und das ergänze ich jetzt, weil ich das in meinem Wohnbereich zunehmend vermerke, aber auch von PKW, die vermehrt, traurigerweise, sage ich in Klammer, von Einzelpersonenunternehmen verwendet werden müssen. Also ich denke da an die Paketdienste, also in meinem Bereich, wo ich wohne, die Sprinter inzwischen in der Mehrzahl im öffentlichen Raum abstellend unterwegs. Unterschiedliche Interessen und Interpretationen des öffentlichen Raums, gepaart mit zum Teil kompromiss- und auch alternativlosen Umverteilung des öffentlichen Raums lösen immer wieder Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen der Bürger:innen aus. Die in Verkehrsfragen gerne als Vorbild bereiste und herangezogene Stadt Zürich setzt diesen Konflikten und der Diskussion um die Verteilung des öffentlichen Raum größtmögliche Transparenz und Kompromissbereitschaft entgegen. In der Innenstadt Zürichs galt bis vor kurzem, das habe ich jetzt sozusagen revidieren müssen, weil ich mich noch einmal damit auseinandergesetzt habe, der sogenannte Parkplatzkompromiss von 1996. Da sollte in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Gebieten sozusagen ein bestimmter Stand eingefroren werden. Die Kompensation von Straßenparkplätzen in Parkhäusern, Anwohnergaragen, wie auch immer, erlaubt, den öffentlichen Raum aufzuwerten. Eine Methode, der die Grazer Stadtregierung offensichtlich wenig abgewinnen kann, ich denke hier an die Absage des Garagenbaus, der aus meiner Sicht sehr wichtig gewesen wäre, im Bezirk Geidorf im Bereich der Universität. Der Kritik und der Sorge

Wirtschaftstreibender und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen auf ihren PKW angewiesen sind, ich habe das schon vorher ganz klar ausgeführt, wird aber mit der Schweizer Herangehensweise nicht ideologisch-dogmatisch begegnet. Vielmehr erhebt die Stadt Zürich regelmäßig, und das erscheint mir sehr wichtig, öffentlich zugängliche Parkplätze auf dem Stadtgebiet. Die Daten werden auf dem Züriplan, ich habe mir den gestern noch einmal angeschaut, und dem städtischen OpenData Portal veröffentlicht, ebenso wie Informationen zur Erhebungsmethode und Kennwerten. Selbiges gilt für öffentlich zugängliche Zweiradabstellplätze, also bei allen Nutzer:innen des öffentlichen Raums, ganz gleich, ob das der private PKW ist, ob das das Zweirad ist oder wie auch immer, wird hier abgebildet. Die Zunahme des Fahrradverkehrs und die damit verbundene Problematik des Fahrradparkens wurde von unserer Seite schon mehrmals angesprochen. Eine stete Evaluierung und Veröffentlichung der Abstellplätze für Fahrräder, Lastenräder, aber auch Motorräder und Roller usw. würde aber einen besonderen Mehrwert für die Nutzer:innen bedeuten und die angestrebte Verkehrswende tatsächlich unterstützen. Ich möchte zusammenfassend anregen, wirklich vorausschauend auch öffentlich medial zu kommunizieren, in welchen Bereichen, Stadtteilen, Bezirken Stellplätze jeglicher Art, ich sage bewusst jeglicher Art, in Zukunft entfallen werden. Wir wissen, dass wir Bereiche des öffentlichen Raums für Straßenbahntrassen, für zunehmend Radwege, ganz gleich welcher Kategorie, Gehsteige, aber auch für Grünräume nutzen werden müssen. Deshalb stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin und Bürgermeister-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner ersuchen, bis zur Septembersitzung, wenn das später sein soll, soll mir das auch Recht sein, des Gemeinderates eine Bilanz über die Abstellplätze für Fahrräder, Lastenfahrräder, PKWs sowie einspurige Kfz auf öffentlichen Flächen im Grazer Stadtgebiet – gegliedert nach Bezirken – zu erstellen; in dieser Bilanz die entfallenen und geschaffenen Stellplätze in jeder der zuvor

angeführten Kategorie darzustellen; die für die entfallenen Stellplätze errichteten Alternativangebote, ich denke hier wirklich vermehrt an Anwohnergaragen, auszuweisen sowie diese Stellplatzbilanz, ich habe hier einmal jährlich hineingeschrieben, von mir aus auch zweijährlich, zu aktualisieren und der Bevölkerung in dieser aktuellen Fassung auf der Website der Stadt Graz zugänglich zu machen, damit sich die Bevölkerung tatsächlich darauf vorbereiten kann, in welchen Bereichen eben für notwendige Nutzungen, ich habe es angeführt, hier Stellplätze auf der Ebene 0, wenn ich das so sagen darf, entfallen werden. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die kommunistisch geführte Stadtregierung mit ihrer grünen Verkehrsstadträtin Judith Schwentner verfolgt eine Neuverteilung der Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu Lasten der individuellen Interessen der Nutzer:innen von privaten PKW.

Unterschiedliche Interessen und Interpretationen des öffentlichen Raums, gepaart mit kompromiss- und auch alternativlosen Umverteilung des öffentlichen Raums lösen immer wieder Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen der Bürger:innen aus. Die in Verkehrsfragen gerne als Vorbild bereiste und herangezogene Stadt Zürich, setzt diesen Konflikten und der Diskussion um die Verteilung des öffentlichen Raum größtmögliche Transparenz und Kompromissbereitschaft entgegen. In der Innenstadt Zürichs gilt der Parkplatzkompromiss von 1996. So soll in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Gebieten die Anzahl von besucher- und kundenorientierten Parkplätzen auf dem Stand von 1990 bleiben. Die Kompensation von Straßenparkplätzen in Parkhäusern erlaubt, den öffentlichen Raum aufzuwerten. Eine Methode, der die Grazer Stadtregierung offensichtlich wenig abgewinnen kann, wie wir seit der Absage des Garagenbaus im Bezirk Geidorf vermuten dürfen. Der Kritik und der Sorge Wirtschaftstreibender und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen auf ihren PKW angewiesen sind, werden aber mit der Schweizer Herangehensweise nicht dogmatisch-ideologisch begegnet. Vielmehr erhebt die Stadt

Zürich regelmäßig öffentlich zugängliche Parkplätze auf dem Stadtgebiet. Die Daten werden auf dem Züriplan und dem städtischen OpenData Portal veröffentlicht, ebenso wie Informationen zur Erhebungsmethode und Kennwerten. Selbiges gilt für öffentlich zugängliche Zweiradabstellplätze. Die Zunahme des Fahrradverkehrs und die damit verbundene Problematik des Fahrradparkens wurde von Seiten der ÖVP Graz bereits mittels dringlichem Antrag thematisiert, jedoch von der Koalition abschlägig behandelt. Eine stete Evaluierung und Veröffentlichung der Abstellplätze für Fahrräder, Lastenräder, aber auch Motorräder und Roller usw. würde aber einen besonderen Mehrwert für die Nutzer:innen bedeuten und die angestrebte Verkehrswende unterstützen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Mag.^a Judith Schwentner ersuchen,

- 1. bis zur Septembersitzung des Gemeinderates eine Bilanz über die Abstellplätze für Fahrräder, Lastenfahrräder, PKWs sowie einspurige Kfz auf öffentlichen Flächen im Grazer Stadtgebiet – gegliedert nach Bezirken – zu erstellen;*
- 2. in dieser Bilanz die entfallenen und geschaffenen Stellplätze in jeder der zuvor angeführten Kategorie darzustellen;*
- 3. die für die entfallenen Stellplätze errichteten Alternativangebote auszuweisen sowie*
- 4. diese Stellplatzbilanz jährlich zu aktualisieren und der Bevölkerung in dieser aktuellen Fassung auf der Website der Stadt Graz zugänglich zu machen.*

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Topf. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema. Ich habe selber, bevor ich in den Gemeinderat

gewechselt bin, mehrmals versucht, an diese Daten irgendwie heranzukommen, und ich weiß, dass es unglaublich schwierig war. Wir haben jetzt auch nachgefragt bei der Verkehrsplanung, und das ist ja tatsächlich so, was jetzt die Radabstellplätze betrifft, es ist tatsächlich unbekannt, und natürlich ist das dann auch dringlich da einmal hinzuschauen. Es wurde erst vor kurzem überhaupt begonnen damit, jetzt die zu erheben, das heißt, da wird es Daten geben dazu. Und wenn man sich dann aber anschaut, z.B. am Hauptplatz, wo einfach mehr Räder sind als Radabstellplätze, in viele anderen Orten in der Stadt, da sieht man oft, also da ist wirklich Bedarf. Zu den Lastenradplätzen ist es relativ einfach, weil da haben wir jetzt erst die ersten zwei markiert, jetzt kommt der dritte dazu in der Petersgasse, ich glaube, den gibt es auch schon, aber natürlich ist es auch da wichtig zu monitoren. Was die Stellplätze für die KFZ betrifft, das ist natürlich interessant, da gibt es ja die Jahresberichte der GPS und des Parkgebührenreferates. Da geht es natürlich um die bewirtschafteten Parkplätze, nicht um alle, aber die sind besonders relevant, weil dort sind ja Parkplätze auch knapp und dann sind die natürlich interessanter als die, die ganz am Stadtrand liegen. Da haben wir 25.000, 15.000 in der Blauen Zone, 10.000 in der Grünen Zone, also ungefähr, und das ist natürlich dann auch jährlich ablesbar in diesen Berichten, wie sich die Dinge verändern. Was mir auch besonders wichtig ist, was ja auch in deinem Antrag drinnen ist, ist diese Frage, für jeden entfallenen Stellplatz ein Alternativangebot zu errichten, so steht es ja drinnen. Und das ist in Zürich abgewählt worden. Das hat auch einen guten Grund: Wir haben eine Mobilitätswende, wir wollen den Anteil des motorisierten Individualverkehrs reduzieren, das heißt, die Anzahl der Autos in der Stadt wird auch zurückgehen und dann werden wir einfach weniger Parkplätze in Zukunft brauchen. Natürlich braucht es Alternativangebote. Vielleicht war es ja auch so gemeint im Sinne von Radabstellplätzen, im Sinne eben von Lastenradabstellplätzen, im Sinne des tim-Angebotes, mit Car-Sharing und Bike-Sharing etc. und natürlich auch in der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Und letzten Endes soll die Stadt dann aber dadurch so gebaut werden, dass in Graz eigentlich niemand mehr auf ein eigenes Auto angewiesen ist. Wenn man es dann braucht aus irgendwelchen Gründen, ist es wieder etwas anderes, aber es wird einfach möglich

sein, sich gut in der Stadt zu bewegen, ohne dass man ein Auto braucht und ohne dass man dann auch einen Parkplatz immer vor der Haustür braucht, wenn man in den inneren Bereichen der Stadt wohnt (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Lenartitsch:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen, die es noch schaffen, vielleicht ist es zuhause bei Ihnen etwas angenehmer aufgrund der Temperaturen, hier drinnen ist es schon etwas warm. Ich möchte gerne einen Abänderungsantrag einbringen, allerdings möchte ich vorher noch etwas dazu sagen. Die Stadt Zürich ist schon mehrmals erwähnt worden heute, auch ich bin über diese Stadt gestolpert, aber nur in puncto Berichterstattung. Und zwar, 2021 im August wurde das erste Mal festgestellt, dass seit 2010 dort wieder mehr Autos pro Einwohner unterwegs sind als zuvor. Ich hoffe nicht, dass dann dort auch dementsprechend die Autowaschanlagen eventuell vermehrt werden, sondern es soll eher eigentlich zurückgehen und wir wollen uns eigentlich mehr oder weniger darauf besinnen, dass wir eigentlich ein Umdenken in unserem Mobilitätsverhalten haben und wir nicht das Auto so quasi im Gegenzug zu den Menschen bzw. zu den Bewohnern stellen. Uns ist es wichtiger, dass die Bewohner bzw. die Bevölkerung im Vordergrund steht und nicht eigentlich der Parkplatz oder der PKW, der, wie du es auch ausgeführt hast, teilweise den EPU, und das ist vielleicht in einem Siedlungsgebiet noch dramatischer, wo kleinere Parkplätze markiert sind und jeder so quasi seinen großen Van oder seinen Transporter abstellt. Da müsste es andere Lösungen geben. Weil wenn ich ein Ein-Personen-Unternehmen bin und ich fahre einen Sattelschlepper, 40 Tonnen, darf ich ihn auch nicht vor meiner Haustür abstellen, sondern ich muss ihn auch dementsprechend weit weg parken. In diesem Sinne möchte ich einen Abänderungsantrag stellen, den ich wie folgt vorlese:

Abänderungsantrag,

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 7. Juli 2022 von meiner Wenigkeit.

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit eine alle zwei Jahre zu evaluierende Planübersicht über die jeweils aktuellen

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenfahrräder ausgearbeitet werden kann,

die dem Verkehrsausschuss zur Information vorgelegt sowie als Service auf der

Homepage der Stadt Graz veröffentlicht wird.

Warum ist mir das wichtig, dass wir das so quasi eigentlich umkehren? Also nicht zu

schauen, wie viele PKW-Abstellplätze wir haben, sondern eher die Trendwende

anstreben und sagen: Wie viele Platz bieten wir unserer Bevölkerung, wenn sie sich

jetzt dann ein Fahrrad bzw. ein Lastenrad oder dergleichen anschaffen? Und ich freue

mich dann schon, wenn wir dann im Ausschuss vielleicht darüber dann in einem, dort

haben wir ja den Runden Tisch, im Stadtsenatssaal findet der meistens statt, da sitzen

wir sozusagen wie in einem Sesselkreis, mehr oder weniger darüber berichtet

bekommen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit eine alle zwei Jahre zu evaluierende Planübersicht über die jeweils aktuellen

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenfahrräder ausgearbeitet werden kann,

die dem Verkehrsausschuss zur Information vorgelegt sowie als Service auf der

Homepage der Stadt Graz veröffentlicht wird.

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat. Dieser dringliche Antrag ist von Grund auf vernünftig, und ich habe mir überlegt, wie wird die Regierung jetzt argumentieren, warum dieser dringliche Antrag vielleicht in dieser Form so nicht

durchgehen sollte, und ja, es kommt ein Abänderungsantrag daher, und der erweckt schon den Verdacht, dass euch der Mut verlassen hat, eure Politik ehrlich, offen und transparent zu kommunizieren. Also diesen Eindruck habe ich wirklich (*Appl.*).

In vier Punkten, ihr habt in das Koalitionsabkommen, als eine der Hauptüberschriften, die Transparenz reingeschrieben. Ja bitte, dieser Antrag stellt sicher, dass man einmal im Jahr einfach über diese Daten informiert wird. Ihr seid hier dagegen. Gerade die grüne Fraktion, die für Open Data ist, meint, es soll lieber im Ausschuss berichtet werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ich verstehe die Grünen wirklich nicht.

Also ihr habt immer gesagt, jede Studie soll veröffentlicht werden, und bei sowas, nur um dem Vorschlag der ÖVP eine Abfuhr zu erteilen, seid ihr hier plötzlich dagegen.

Und ja, Zürich ist schon oft strapaziert worden, dort hat es funktioniert. Wir haben die Frau Vizebürgermeisterin auch gesehen, sie ist dort auf Mission hingefahren mit dem Zug, und gerade so ein positives Best-Practice-Modell sollte man einfach, wenn es

einen Input gibt seitens der Stadt Graz, sollte man das auch umsetzen. Und die Ambition ist auch nicht gegeben, wir haben gesagt einmal im Jahr, ich glaube, das ist auch nicht zu viel verlangt. Wir haben viele Statistiken, die wir einmal im Jahr bekommen und ihr sagt, nein, es soll alle zwei Jahre im Ausschuss berichtet werden.

Also ich finde, gerade wenn es um Verkehrspolitik geht, sollten wir hier wirklich eine Regelmäßigkeit haben, und da ist ein Jahr nicht zu viel verlangt. Abschließend eine

Feststellung und eine Frage: Man merkt, ihr setzt euch sehr stark für das Radfahren ein, ich finde das richtig, ich fahre selbst gerne mit dem Fahrrad, aber gerade im

Verkehr müssen wir in Graz das Miteinander denken und man kann nicht einfach das Auto ignorieren, einfach rausstreichen aus einer Initiative. Das ist eine Ignoranz der

Realität, also ich kann das wirklich nicht nachvollziehen. Ich möchte auch, dass wir mehr Bewegungsflächen haben, dass wir den Verkehr beruhigen, aber ich möchte,

dass wir, wenn wir Parkplätze irgendwo nicht mehr haben, dass wir kompensieren, dass wir z.B. Tiefgaragen bauen. Aber da hat es auch Ankündigungen gegeben, aber

wenn es dann darum geht, irgendwo eine Tiefgarage zu verwirklichen, dann wird das nicht realisiert oder gerade z.B. bei der Uni, da könnte man noch einmal einen Anlauf

wagen. Die BIG hat das ja teuer berechnet, aber vielleicht bekommen wir hier doch ein

Angebot zusammen, und gerade solche Kompensierungen könnte man in einem einmal im Jahr erscheinenden Bericht auch dann vermerken, also da spricht wirklich nichts dagegen. Und abschließend eine Frage, ob ihr wirklich Angst habt, eure Daten transparent und messbar zu machen, gerade von den Grünen habe ich das immer als Forderung gehört, und habt ihr wirklich Angst, die Daten messbar zu machen? Wenn nicht, dann stimmt bitte diesem Antrag zu (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde nämlich gerne nur etwas sagen, weil es mir wirklich ein großes Anliegen ist in dem Zusammenhang. Es geht um die faire Verteilung von Platz und nicht nur, was sozusagen den bewegten Verkehr von allen Verkehrsteilnehmer:innen, die unterwegs sind, sondern vor allem auch vom ruhenden Verkehr. Wir kennen die vielen parkenden Autos in der Stadt und ich nenne eine Zahl, die ich gerne nenne, und einmal mehr, nämlich 92 % des ruhenden Verkehrs sind dem MIV, dem motorisierten Individualverkehr, gewidmet, vorneweg dem Auto. Und solange 92 % den Autos gewidmet sind in einer Stadt, wo wir mehr Platz brauchen für alle Menschen, für die Zufußgehenden, für Wartehäuschen, für Bänke, für Radabstellflächen, haben wir Handlungsbedarf (*Appl.*) und solange wir diesen Handlungsbedarf haben, werden wir weiter in diese Richtung handeln. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.57 Uhr).

GR Dr. **Hackenberger**:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Bildschirm, auch die Anwesenden darf ich nochmals begrüßen. Lassen wir doch die Kirche im Dorf, lieber Herr Stadtrat Hohensinner, wir haben eine Auskunft. Wir haben das abgefragt, wir haben eine Auskunft des Magistrates Graz, die ausweist, dass derzeit alle Radabstellplätze erhoben werden und dafür eine webbasierte Lösung entwickelt wurde und dass die bewirtschafteten KFZ-Stellplätze in Graz bekannt sind.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Dann kann man ja zustimmen.*

GR Dr. **Hackenberger**:

Naja, wozu soll ich denn stimmen, wenn es eh bekannt ist (*Appl.*).

Dazu, dass Sie es auch lesen dürfen? Da brauchen wir keine Zustimmung. Das kann jeder lesen.

*Zwischenruf StR **Hohensinner**: Aber man kann doch dem ganzen Antrag zustimmen.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Bitte, jetzt ist der Kollege Hackenberger am Wort.

GR Dr. **Hackenberger**:

Ja, ist ja kein Problem. Aber ich will voranstellen, dass mir schon in den letzten Debatten sehr stark aufgefallen ist, dass da immer Einwürfe kommen, wenn Parkplätze untergehen, weil etwas anderes mit den Flächen gemacht wird. Ja, wo werden Sie uns diese Ersatzparkplätze bereitstellen? Das heißt, ich stelle eine Intention fest, dass wir

alle Parkplätze, die wir in Graz haben oder die bewirtschaftet sind, alle behalten müssen. Das finde ich vollkommen absurd.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dr. **Hackenberger**:

Vielleicht ist das nicht so, aber ich schließe das halt aus Ihren Wortmeldungen. Ich habe das nicht erfunden, ich habe das nicht gesagt, Sie haben das jedes Mal gesagt, weil irgendein Projekt umgesetzt wird. Ja, was ist mit den Parkplätzen, wo kommt der Ersatz her? Das heißt, wir haben eine Situation, wo Sie offensichtlich alle Parkplätze behalten wollen, ungeachtet der wirklich absurden Tatsache, die die Frau Vizebürgermeisterin gerade genannt hat, dass 92 % des ruhenden Verkehrs von Autos besetzt sind. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Und wenn die Autos fahren, dann sitzen dort im Schnitt 1,2 Personen drinnen, auf 10 m², oder wenn sie fahren, auf viel mehr Quadratmetern, weil die Abstände auch da sein müssen, das ist ein riesiger Unterschied zum Fahrrad, und noch ein größerer zum Zufußgehen. Die Transparenz ist vorhanden, wenn uns der Magistrat Graz sagt, die Zahlen sind bekannt, dann sind sie bekannt. Was ist der Unterschied zwischen bekannt und transparent? Das müssen Sie mir einmal erklären (*Appl.*).

Wenn ich von diesem offensichtlichen Festhalten an möglichst vielen Parkplätzen einmal ausgehe, dann frage ich, ob es wirklich ein Problem von zu wenigen KFZ-Abstellplätzen gibt, dann frage ich, ob es sinnvoll ist, dass riesige Flächen in Anspruch genommen werden von Blechkarossen, die eine von 24 Stunden in Betrieb sind. Dann frage ich Sie, wie viele der Fahrten und auch wie viele der Parkvorgänge denn wirklich notwendig sind im Sinne Ihrer Anträge, die Sie immer wieder gestellt haben, oder Ihrer Nachfragen. Da habe ich gehört, naja, es gibt Menschen, die sind unbedingt angewiesen auf einen PKW, na selbstverständlich, denen werden wir keinen Parkplatz wegnehmen. Aber wie viele das sind, frage ich Sie jetzt, und ich weiß die

Antwort. Sie wissen es nicht, wie viele wirklich benötigt werden. Wenn man die erschreckenden Zahlen, die wir in der Budgetdebatte gehört haben, heranzieht, dass Menschen in Massen für die Überwindung einer Strecke von 3 Kilometern mit dem Auto fahren, dann wissen, dass ein sehr, sehr hoher Anteil der PKWs, die in der Stadt herumstehen, einfach deswegen hier stehen, weil vollkommen unnötige Fahrten damit vorgenommen werden. Und wenn ich nächste Woche für meine Enkelin Torten backen gehe, dann werde ich mich vorher erkundigen, wie viele Gäste dort kommen werden, und ich werde nicht sieben Torten backen, auf das dann fünf Kinder da sind. Und genau das ist meiner Meinung nach das Problem, vor dem hier stehen, wir wissen gar nicht, was für einen Bedarf da ist, wenn wir das weggeben, was absolut unnütz und unnötig ist. Ich will Sie auf eine ganz kurze Zeitreise mitnehmen ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dr. **Hackenberger**:

... Ja, ok.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ja, der Herr Kollege Hackenberger ist zwei Minuten drüber. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Herr Stadtrat Riegler mehrfach überzogen hat bei seinen Wortmeldungen. Also im Sinne der Gerechtigkeit, bitte könntest du bald abschließen.

GR Dr. **Hackenberger**:

Als ich meine erste Kanzlei in der Innenstadt aufgemacht habe, bin ich selbst und sind alle meine Kolleginnen und Kollegen mit dem Auto von der Krenngasse und von der

Merangasse und von der Elisabethstraße mit dem Auto in die Stadt gefahren. Heute würde man das als vollkommen absurd zurückweisen (*Appl.*).

Aber es gibt noch immer viel zu viele Menschen, die das Auto eigentlich nicht brauchen und es benützen und uns den wertvollen öffentlichen Raum vollstellen. Daher werden wir dem Abänderungsantrag zustimmen, und ich bitte Sie um entsprechende Abstimmung. Dankeschön (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Herr Gemeinderat, ich möchte Ihnen nur sagen, ich lasse mir nicht gerne das Wort so im Mund umdrehen, weil auch wir sind für Verkehrsberuhigung dort, wo es möglich ist, und wenn es möglich ist, wollen wir auch das in Daten nachvollziehen können. Wir sind auch dafür, dass dort, wo es möglich ist, Kompensierungsmaßnahmen – wie z.B. durch Tiefgaragen – gesetzt werden, das ist uns wichtig. Und ich sage Ihnen, wenn Daten bereits über ein App angedacht sind, warum führt man diese Daten nicht zusammen? Nämlich jene der einspurigen Fahrzeuge, der Fahrräder, der Lastenfahrräder und der Autos, und legt das einmal im Jahr online in einem Bericht auf. Was spricht dagegen, Herr Gemeinderat?

Zwischenruf GR Dr. Hackenberger: Nichts.

StR Hohensinner:

Ja, dann stimmen wir zu.

GR DI Topf:

Die Diskussion ist völlig an meiner Intention des dringlichen Antrages vorbeigegangen, muss ich jetzt ganz ehrlich sagen. Mir geht es ja darum, dass man vorrausschauend,

das habe ich hier betont, vorrausschauend sagt, in welchen Bereichen es zukünftig keine PKW-Abstellplätze mehr geben wird, weil Straßenbahntrassen, weil Gehwege, Radwege, Gehsteige, Grünräume sozusagen hier in den Vordergrund gestellt werden. Und genau deshalb möchte ich vorrausschauend sagen können der Bevölkerung, bitte, liebe Bewohnerin, lieber Bewohner, in deinem Bereich wird es zukünftig, weil dort ein Radweg gebaut wird, weil dort in der Karlauer Straße die Straßenbahn fährt, wird es keinen PKW-Abstellplatz geben. Genau das ist das, was ich hier in meinem Antrag hier transparent darstellen möchte (*Appl.*).

Es steht überhaupt nichts drinnen, dass ich partout jeden entfallenen Stellplatz durch einen Platz in einer Anwohnergarage, in einer Tiefgarage kompensiert haben möchte. Das steht überhaupt nicht drinnen, sondern ich habe hier gesagt, bitte sagt uns vorrausschauend, wo es durch entsprechende Maßnahmen im öffentlichen Raum, ich wiederhole mich bereits, Straßenbahnlinien, Buslinien, Radwege, Kategorie A, B, C, wie auch immer, Gehsteige, Gehwege, Grünräume, es künftig keinen Abstellplatz mehr gibt. Darauf sollte sich die Bevölkerung einstellen können. Das war die Intention meines Antrages. Ich habe nicht gesagt, wir müssen 1:1 sozusagen einen Parkplatz im öffentlichen Raum jetzt sozusagen durch einen Parkplatz in irgendeiner Garage oder was unterbringen, sondern ich habe gesagt: Wie schaut es aus in Zukunft? Richtet euch darauf ein, macht es transparent und dann können wir uns alle darauf einstellen. Ich befürworte das ja sogar, dass wir entsprechend reduzieren im öffentlichen Raum. Ich habe das nirgends gesagt, dass das 1:1 ...

KO GR Dreisiebner zeigt den Antrag hoch und deutet auf den Text.

GR DI Topf:

... nein, das steht ja nicht drinnen, dass das 1:1 umgesetzt werden soll. Sondern ich habe gesagt, macht eine Bilanz, damit wir wissen, wie das in Zukunft ausschauen sollte, das war die Intention meines Antrages (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

9.3 Grillplätze Auwiesen (GR Günter Wagner, FPÖ)

GR Günter **Wagner**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, hoher Gemeinderat. In meinem Antrag geht es wieder um die Grillplätze auf den Auwiesen. Ich habe bereits Anfang Februar hier einen Antrag eingebracht, da waren die ersten Bilder, die uns zugegangen sind, und da habe ich mir auch davor ein Bild machen können, schon geprägt von einer starken Vermüllung und von Essensresten rund um die Grillstellen. Und das war natürlich klar, dass sich das zu den Sommermonaten jetzt nicht unbedingt verbessern wird. Gefordert war ein Runder Tisch und ein paar konkrete Maßnahmen, dabei war einfach mehr Kontrolle und ein höheres Strafmaß. Abgeändert worden ist er in einen Runden Tisch, meines Wissens hat der noch nicht stattgefunden, somit gibt es auch noch kein Ergebnis und auch noch keine Lösung. Inzwischen hat sich der Bezirksrat auch dem Thema angenommen und ich glaube, dass wäre eine Wertschätzung auch für die Bezirkspolitik, wenn man hier noch eine Lösung vor dem Winter finden würden. Die Probleme dort unten sind, glaube ich, bekannt, die Anrainer leiden dort nicht nur unter dem stärkeren Verkehr, den Parkplatzproblemen, sondern auch Müll, Lebensmittelreste, Böller, Rauch und lauter Umstände, die die Situation dort weiter anspannen. Die bisherigen Maßnahmen, die die letzten Jahre schon getroffen worden sind, haben die Wirkung leider nicht ganz erzielt. Es wurden mehr Mistkübeln aufgestellt, es ist eine super Müllinsel installiert worden, Toiletanlagen sind dort ausgebaut worden. Ist grundsätzlich alles gut und wir sind auch froh, dass das so genutzt wird und so ein Freizeitangebot angenommen wird, aber wenn es dann

danach jedes Mal so ausschaut und für die Anrainer eben wirklich zum Problem wird, ich glaube, dann ist es wichtig, dass wir hier etwas daran ändern. Die Menschen kommen hier aus dem ganzen Grazer Stadtgebiet und wahrscheinlich auch aus der Umgebung her, um hier zu grillen. Vielleicht gibt es auch zu wenig Plätze in Graz, das mag auch sein, das sollten wir vielleicht in eine längerfristige Planung miteinbeziehen. Jetzt es einmal wichtig, dass wir vor dem Sommer hier eine Lösung herbeiführen. Am Wiener Donaukanal ist es beispielsweise seit Jahren möglich, dass man nur mit einer Registrierung dort grillen kann. Und ich glaube, eine niederschwelliges Online-Registrierungssystem, das natürlich auch kostenpflichtig sein kann und meiner Meinung nach auch soll, würde einen Anreiz der Benutzer schaffen, sich an die entsprechenden Vorschriften dort zu halten. Und ich würde das auch gar nicht weiter in die Länge ziehen, sondern komme grundsätzlich gleich zum Kern des Antrages, und zwar stelle ich seitens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge bis Ende Juli 2022 eine kostenpflichtige, aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit Jahren sind die Anrainer rund um die Auwiesen mit unerträglichen Zuständen – Müll, Lärm, Böller – konfrontiert. Viele Anrainer bei den Auwiesen sind mit den Nerven am Ende und fühlen sich von der Stadtregierung im Stich gelassen – das Naherholungsgebiet ist ständiger sozialer Brennpunkt. Immer wieder trifft man dort Menschen an, die während ihres Aufenthalts bei den öffentlichen Grillplätzen auf entsprechendes Recht und örtliche Gepflogenheiten keinen Wert legen und mit ihrem

rücksichtlosen Verhalten für Unmut bei den Anrainern sorgen. Die Stimmung ist mittlerweile sehr angespannt. Am Wiener Donaukanal ist beispielsweise das Grillen seit Jahren nur mit Registrierung möglich. Ein kostenpflichtiges aber niederschwelliges Online-Registrierungssystem würde einen Anreiz für die Benutzer der öffentlichen Grillplätze schaffen, sich nach den entsprechenden Vorschriften zu verhalten. Nutzer sind so bei Übertretungen gegebenenfalls leichter zu identifizieren und daher auch leichter zu belangen bzw. zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichzeitig soll auch die Ordnungswache nach 22 Uhr die Feuer kontrollieren und bei Bedarf löschen. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge bis Ende Juli 2022 eine kostenpflichtige aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen.

**9.4 E-Griller für die Auwiese
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen und Kolleginnen. Ich habe mich nicht abgesprochen mit der FPÖ, aber wir haben trotzdem denselben Themenbereich hier angeschlagen, auch ich für meinen dringlichen Antrag. Es geht also um die Auwiese und dieses Naherholungsgebiet der Grazer, sehr beliebt, besonders bei jungen Leuten, schöne Bilder, Decken auf der Wiese, Picknick, Grillen, Trinken, ausgelassen feiern. Eigentlich alles super, oder? Nur, was des einen Freud, ist des andern Leid, denn die Anrainer

dort haben natürlich schon Probleme mit der Rauchentwicklung, mit dem Geruch, es riecht die ganze Zeit verbrannt, es sind Brandlöcher in der Wiese, es ist vermüllt ohne Ende und man fragt sich wirklich, warum die Leute das alles immer so liegen lassen müssen. Und wie kann man die Menschen hier zu mehr Ordnungssinn erziehen oder was kann man hier tun? Auf jeden Fall haben wir uns hier auch etwas überlegt, und wir sind da gestoßen auf ein Beispiel aus Luzern, also jetzt bin ich halt nicht in Zürich, aber in der nächsten Schweizer Stadt, nämlich in Luzern. Und was haben die gemacht? Die hatten dasselbe Problem wie wir, das wir haben bei der Auwiese. Die einen freuen sich, die anderen regen sich furchtbar auf. Was haben die gemacht? Die haben einen Elektrogrill angeschafft, der, so wie die FPÖ hier meint, jetzt mit so einem Anmeldetool quasi funktioniert, wobei wir der Meinung sind, das darf nichts kosten und das muss ganz, ganz unterschwellig und einfach nur locker und easy-cheesy sein. Also was wir uns vorstellen, ist ein Elektrogriller, wo man sich anmeldet bei der Stadt Graz, wo man dann in irgendeiner Form einen Strom freigeschaltet bekommt oder sich einen Schlüssel holt bei einem Lokal, das dort in der Nähe sowieso anwesend ist, wo man vielleicht jemanden findet, wo man Schlüssel abgeben und abholen kann. Und man hat dann immerhin die Daten und kann nachverfolgen, wer diesen Saustall hinterlassen hat oder wer hier eben wirklich Gefahr verursacht fast, indem man die Feuerstelle nicht ausmacht. Darum also, unser

dringlicher Antrag,

ich darf jetzt gleich den Antragstext verlesen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, ob die Liebenauer Auwiese für ein Pilotprojekt wie in Luzern (siehe Motiventext) in Frage kommt.

Falls die Liebenauer Auwiese nicht in Frage kommt, werden die zuständigen Stellen ersucht, auf der Grundlage des Pilotprojekts in Luzern eine Erprobung in Graz zu prüfen. Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Gemeinderat in der September-Sitzung zu informieren. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die öffentlichen Grillplätze beim Naherholungsgebiet Auwiesen sind ein beliebtes Ausflugsziel bei jungen Grazer:innen. An warmen Sommertagen werden die Griller gerne genutzt und ausgelassen gefeiert. Dementsprechend hoch sind Rauchentwicklung, Brandgefahr und Abfallaufkommen. Seit Jahren schon sind die Liebenauer Auwiesen ein Dauerproblem. Die Situation zwischen den Anrainer:innen und den Park-Besucher:innen hat sich zunehmend verschlechtert. Luzern hatte noch im Sommer 2021 ein ähnliches Problem. Deshalb hat das Stadtparlament im November 2021 den Stadtrat beauftragt, einen öffentlichen Elektrogrill zu installieren. Seit Mai dieses Jahres ist dieser in Betrieb und kann von allen Besucher:innen kostenlos genutzt werden. Die Stadt Luzern verlässt sich darauf, dass mit dem Grill achtsam umgegangen wird. Dazu gehört auch, dass die Station nach Gebrauch von den Parteien selbst gereinigt wird. Mit der neuen Grillstation erhält die Bevölkerung eine attraktive und nachhaltige Alternative zu befestigten Grills und Einweggrills. Bei Regen ist das Grillen nicht möglich. In den Wintermonaten wird die Grillstation zudem abgebaut und eingelagert. Ziel des Luzerner Stadtrats ist, die Verwendung von Einweggrills und damit Rauchemissionen sowie Abfallmengen und Brandlöcher im Rasen zu reduzieren. Luzern ist somit Best Practice Beispiel in dieser Sache, um ein besseres Miteinander sicherzustellen und die aktuelle Situation, insbesondere in Hinblick auf eine substanzielle Verbesserung der feuerpolizeilichen Situation (Brandgefahr), auf der Auwiese zu entschärfen. In Verbindung mit einem Reservierungstool (Personalisierung, Nachverfolgbarkeit) wird dieses Pilotprojekt auch in Graz gut funktionieren. Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, ob die Liebenauer Auwiese für ein Pilotprojekt wie in Luzern (siehe Motiventext) in Frage kommt.*
- *Falls die Liebenauer Auwiese nicht in Frage kommt, werden die zuständigen Stellen ersucht, auf der Grundlage des Pilotprojekts in Luzern eine Erprobung*

(laut Motiventext) in Graz zu prüfen. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der September-Sitzung zu informieren.

StR Eber:

Vielen Dank für diese Anträge. Bevor ich etwas dazu sage, muss ich vorher noch eine Durchsage machen, die Frau Bürgermeisterin ist ja heute erkrankt, nichtdestotrotz wird im Anschluss an die Gemeinderatssitzung im Stadtsenatssaal drüben ein kleines Buffet zur Verfügung stehen *(Appl.)*.

Und auch für Liquidität ist gesorgt, diesmal in Form von Getränken *(Appl. und Gelächter im Saal)*.

So, jetzt aber zu den Anträgen, ich mache es relativ kurz. Es gibt einige gute Vorschläge, die sich mit dieser Problematik in den Auwiesen auseinandersetzen, einige gut gemeinte Vorschläge, die sich durchaus unterscheiden von den guten. Ich möchte Folgendes jedenfalls auch sagen: Wir haben einen Lokalausweis ja auch gemacht vor einigen Wochen bereits gemeinsam mit der GPS, der GBG und der Holding Graz, die dort ja alle auch involviert sind. Die Rückmeldungen waren in etwa die, dass die Holding sagt, bei jeder Schicht, also dreimal täglich, wird der Müll dort eingesammelt, und selbstverständlich fällt dort sehr viel Müll an, und es ist offensichtlich leider noch zu wenig bekannt, dass es nicht nur diese Mistkübel dort direkt vor Ort gibt, sondern im Eingangsbereich eben auch eine große Müllsammelstelle. Und im Wesentlichen sind die Leute dort aber doch so diszipliniert, dass sie ihren Müll zusammensammeln, dann halt neben den Mistkübeln oft hinstellen und dort Wind und Wetter und auch durch Tiere aller Art, wir haben heute auch schon davon gehört, wird das dann oft einmal verstreut, aber jedenfalls wird eben auch in der Früh gesäubert dort, und wenn die ersten Besucher dort eigentlich kommen, ist es ziemlich aufgeräumt. Auch von der GPS haben wir die Rückmeldung erhalten, dass die Leute im Wesentlichen durchaus ansprechbar sind. Die GPS kontrolliert zumindest zweimal am Tag, geht eine Runde durch, redet mit den Leuten, macht auf Verstöße aufmerksam. Im Wesentlichen sagen sie, 90 % der Menschen halten sich an diese Vorgaben, aber natürlich hat man immer

wieder einige Ausreißer sozusagen. Das Problem, das es dort tatsächlich auch gibt, ist vor allem dann in den Nachtstunden. Also dass dort natürlich gefeiert wird, das ist grundsätzlich natürlich auch nicht verboten; das wird erst dann zum Problem, wenn es eben tatsächlich zu Lärmbeeinträchtigungen für die Anwohner und Anwohnerinnen kommt bzw. wenn es halt zu Verschmutzungen extremer Art oder auch zu Sachbeschädigungen kommt, da ist aber natürlich die Polizei dann zuständig. Ich kann jedenfalls, auch wenn diese Anträge vielleicht keine Dringlichkeit erhalten, dennoch sagen, wir werden uns diese Vorschläge natürlich alle genau anschauen, es gibt den Vorschlag Elektrogrill beispielsweise, es gibt auch den Vorschlag, Kohle statt Holz dort zu verwenden; ob das überhaupt praktikabel und machbar ist, werden wir uns anschauen. Wie gesagt, grundsätzlich gibt es eine sehr große Zufriedenheit, und ich glaube auch, dass es ein guter Standort grundsätzlich ist, weil die Anwohner halt doch relativ weit entfernt sind, also in 300 – 400 Meter Luftlinie, wo auch noch die Autobahn dazwischen ist. Also das heißt, die Beeinträchtigungen halten sich dort schon auch in Grenzen. Was jedenfalls richtig ist, ich glaube, der Kollege Wagner hat das auch angesprochen, notwendig wäre auch, dass wir uns mehr solche öffentlichen Orte, wo auch gegrillt werden kann, anschauen, ob wir da zu Flächen kommen oder Flächen gewinnen können für derartige Projekte, sage ich jetzt einmal. Das müssen wir uns anschauen, wird natürlich sicher auch nicht von heute auf morgen gehen, aber wäre natürlich wünschenswert, weil der Druck auf diesen Standort und oben auch Kalkleiten, dann sind die einzigen zwei Plätze, wo man das machen kann, ist natürlich ein sehr großer. Aber da werden wir sicher auch gerne Gespräche führen und sind natürlich auch dankbar für Vorschläge, wenn es dann welche gibt. Dankeschön (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, verehrte Zuhörer hier im Saal. Ich bin ein bisschen verwundert, ich weiß jetzt noch nicht, welchem Antrag die Dringlichkeit hier nicht gegeben wird oder ob es beide betrifft. Ich glaube aber, dass eigentlich unbestritten ist, dass es sich bei diesem

Thema um ein dringliches Thema handelt. Das schon alleine deswegen, weil wir aus unzähligen Anfragen aus der Bevölkerung und mittlerweile aber auch aus dem Bezirksrat wissen, dass dieses Thema im Bezirk für Unruhe sorgt, dafür sorgt, dass es ein Thema ist, wo die Bevölkerung sich wahrscheinlich auch von uns erwartet, dass wir das politisch diskutieren, und vor allem auch zu Recht erwartet, dass wir Lösungen anbieten und vor allem auch Lösungsvorschläge erarbeiten. Deswegen möchte ich zuerst ganz konkret auf den Antrag von der FPÖ eingehen, zu dem ich auch einen Abänderungsantrag, der aber, wenn die Dringlichkeit natürlich nicht gegeben ist, sowieso nicht zur Abstimmung kommt, in dem ich aber grundsätzlich in vielen Punkten dem zustimmen kann, was Sie, sehr geehrter Herr Antragsteller, auch ausgeführt haben, ganz grundsätzlich aber auch der Meinung bin, dass eine kostenpflichtige Reservierung im ersten Schritt vielleicht nicht der beste Weg ist, weil wir grundsätzlich auf öffentlichem Grund durchaus Möglichkeiten erhalten sollten, dass man dort kostenlos auch grillen darf. Und das ist auch eine gute Sache, aber das muss natürlich in einer Form passieren, wo auch Anrainerinnen und Anrainer sich wohl damit fühlen, wo die vielen verschiedenen Interessen, die dort zusammenkommen, auch unter einen Hut gebracht werden können. Und deswegen ist das, glaube ich, sehr zu begrüßen, wie wir das im Sportbereich auch schon haben, dass es z.B. eine Reservierungspflicht gibt, die dazu führt, dass hier keine Nutzerkonflikte entstehen, dass aber auch klar ist, wer diesen Platz nutzt, das kann man auch so gestalten. Und ich sehe das jedes Mal beim Volleyballplatz, dass das da dann wirklich auch angenommen wird und man sozusagen im Vorhinein auch immer die Möglichkeit hat auch sicherzugehen, dass man da dann mit seiner Familie oder mit seinen Freunden grillen kann. Deswegen ist dieser Teil des Antrags der FPÖ auch in meinem Abänderer nach wie vor enthalten, bis auf die Kostenpflicht. Und darüber hinaus sind in diesem Abänderungsantrag außerdem Dinge zum Sicherheitsaspekt, aber auch zu den sozialen Aspekten, die das gemeinsame Grillen verursacht, die ja recht positiv sein können, aber wo man vielleicht auch gerade in dem Bereich dann das Miteinander stärken kann, enthalten, und gleichzeitig aber natürlich auch, dass die zuständigen Stellen dafür sorgen, dass die notwendige rechtliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet ist. Dementsprechend würde es mich

tatsächlich freuen, wenn auch die Koalitionsparteien der Dringlichkeit und in weiterer Folge auch dem Abänderungsantrag, den ich durchaus für sinnvoll erachte, zustimmen würden. Wenn das nicht der Fall ist, ist das schade. Das Gleiche gilt aber im weiteren Sinn auch für die Neos. Falls das technisch umsetzbar ist, und das werden die zuständigen Stellen ja dann prüfen, würden wir uns freuen, wenn wir dazu eine Auskunft bekommen. Vielen lieben Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Stadtrat Manfred Eber hat, glaube ich, schon gut ausgeführt, warum diese Anträge heute für uns nicht dringlich sind, was da alles schon passiert, was in diesem ständigen Austausch auch mit unseren Mitarbeiter:innen im Haus Graz da auch getan wird, dass das einfach in diesem Austausch und auch in diesem Neuausverhandeln von diesen Problemen oder Herausforderungen quasi dadurch im Gange ist und nicht dringlich ist. Aber ich möchte ganz kurz auch noch darüber sprechen, dass diese Verhandlungen, die im öffentlichen Raum nicht erst seit Corona immer wieder quasi Thema werden, weil öffentlicher Raum benutzt wird, vor allem in den Sommermonaten, vor allem wenn es warm ist, und quasi die Party nach draußen verlegt wird und nicht in den heißen Club. Da wird es immer wieder dann quasi zu Herausforderungen und Konflikten kommen, da wird es immer wieder verschiedene Interessen geben, die ausverhandelt werden müssen. Aber leider war, vor allem auch in der Vergangenheit und auch jetzt wieder, immer die Antwort auf diese Konflikte, die es gibt, und auch diese Ausverhandlungen, die es gibt, Kontrolle, Kontrolle, Kontrolle, höheres Strafmaß, Law and Order. All diese Anträge haben wir schon sehr oft hier bekommen, vor allem von einer Fraktion, nicht von den Neos in dem Fall. Und da glaube ich auch, dass man jetzt nach Corona, wo so viele, vor allem auch junge Menschen, den öffentlichen Raum für sich beanspruchen, ein ganz klares Bekenntnis von der Stadt Graz auch erwartet, dass das so ok ist, wenn sie quasi mit der Kuscheldecke bewaffnet im Stadtpark oder in den Auwiesen sich breitmachen und diesen Raum benutzen. Ich glaube, wir haben auch letztes Jahr im Sommer sehr viel

darüber diskutiert. Es gab das glorreiche Zitat über das illegale Rudelsaufen im Stadtpark. Auch dort hat es diese Müllproblematik gegeben, auch dort hat die Stadt Graz eben mit vermehrten Säuberungen durch die Holding reagiert, und das ist auch mittlerweile sehr gut angenommen worden. Der Kollege von der Holding hat einen Fan-Account bekommen auf Instagram, der wird immer wieder verlinkt, wenn es darum geht, dass er dort aufräumt, und da helfen ihm auch sehr oft die jungen Menschen in diesem Ding. Und ich glaube, dass es diese Nutzung vom öffentlichem Raum ist, die uns auch in dieser Corona-Zeit geholfen hat. Es hat geholfen, nach draußen gehen zu können und sich im öffentlichen Raum treffen zu können, und es wird auch quasi in Zukunft helfen. Und wenn es wieder einmal eine Party gibt im Stadtpark und wir mit einem leuchtenden, solarbetriebenen Gartenzwerg dort sitzen und auch einmal länger feiern, was vorgekommen ist im letzten Sommer, dann finde ich auch wirklich, dass man natürlich schauen sollte, dass nachher die Parks und die Grünflächen sauber hinterlassen werden. Aber wenn das nicht immer schaffbar ist, dann sind wir als Stadt Graz und auch unsere großartigen Mitarbeiter:innen zur Stelle und räumen hinterher. Deswegen glaube ich, dass diese Anträge nicht zielführend sind in dem, was sie fordern. Kein Online-Reservierungstool ist wirklich niederschwellig, schon gar nicht, wenn es etwas kostet. Und ich glaube, wir werden diese Dinge natürlich prüfen, aber sie werden trotzdem diese Thematiken haben, und damit müssen wir als urbane Stadt einfach leben (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Grazerinnen und Grazer im Livestream, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Antragsteller:innen. Es ist auch aus unserer Sicht von Manfred Eber sehr klar dargestellt worden, dass sich die Verantwortlichen Stellen nicht erst seit heute, nicht erst seit ein paar Monaten, sondern eigentlich schon eine längere Zeit mit dem Thema öffentlicher Raum und dem, was halt auch vorkommt, dass einige Menschen diesen öffentlichen Raum nachteilig verwenden, und das sind in Wahrheit ja auch verschiedene Gruppen, verschiedene Orte, ich darf hier auch z.B.

schlecht erzogene Hundehalter:innen erwähnen, und wenn wir dann reinsteigen, dann stinkst, vor allem geht es nicht leicht weg, nur um ein Beispiel zu nennen, anderes hat die Anna Robosch genannt. Und ich bin schon ein bisschen schockiert, wenn die Kollegin von der Fraktion der Neos so quasi allen Leuten unterstellt, den Müll liegen zu lassen, allen Leuten angedeihen lassen will, dass sie zu einem gewissen Ordnungssinn erzogen werden, und nicht zur Kenntnis nimmt, dass es unter einer gewissen Menge von Menschen halt leider Menschen gibt, die sich an gewisse Regeln eher weniger halten oder vielleicht auch gar nicht, und das passiert an vielen öffentlichen Orten in dieser Stadt und das passiert wohl auch in den Auwiesen. Aber, was wichtig ist, die meisten Menschen halten sich an diese Regeln, die meisten Menschen hinterlassen, nachdem sie dort den Grillplatz genutzt haben oder vielleicht auch ohne zu grillen, eine Rudelsauforgie, oder wie auch immer, jedenfalls eine Party im Freibereich gefeiert haben, hinterlassen das auch ordentlich und manche tun das nicht. Das passiert im Stadtpark, das passiert an anderen Orten, das passiert auch teilweise an Plätzen in der Fußgängerzone. Und ich möchte einfach zu dieser Gelassenheit, zu der auch Anna Robosch aufgerufen hat, wir sind Stadt, wir leben dicht, wir haben, und das sagen gerade wir Grüne, zu wenig Angebote an öffentlichen Räumen und an Grünräumen, zu wenig Verweilflächen, zu viele Parkplätze unter Umständen, die das auch teilweise unmöglich machen. Und wir sollten uns diesen Konflikten gut stellen, und wir sollten vermittelnd hineingehen, wir sollten mit den Betrieben und Mitarbeiter:innen, und denen möchte ich hier an dieser Stelle ausdrücklich danken, sowohl von der Holding, von der GBG als auch von der Ordnungswache, für diesen Einsatz möchte ich ihnen danken, bis hin zur Exekutive. Es ist wichtig, dass das hier passiert, dass man auch immer wieder Nachschau hält, aber es ist nicht richtig, dass man sogenannten Anrainer:innen, die mindestens und mehr als 400 Meter von diesem Ort weg wohnen, die von einem Autobahndamm von diesem Ort getrennt sind und die uns sehr viele E-Mails und Bilder praktisch von jeder Dose und von jedem Melonenstück schicken, das man vorfindet, dass man diesen Menschen nachkommt und quasi vielen anderen die Möglichkeit zu einem gemeinschaftlichen Erlebnis, zum Grillen, zum Zusammenkommen, zum Nutzen des öffentlichen Raums erschwert oder irgendwie

zumindest Hürden aufbaut. Und ich denke, wenn wir das so machen, wie der Manfred das dankenswerterweise dargestellt hat, dass man auch in Zukunft versucht, verstärkt Lösungen anzudenken, dass man auch darüber nachdenkt, wo man noch Grillplätze und Freibereiche schaffen kann, dass wir in der Richtung auf einem guten Weg sind. Wir wollen öffentlichen Raum öffentlich halten, und dann müssen wir es auch aushalten, dass unter 100 vielleicht einer oder vier oder sieben sich nicht ganz so benehmen, wie es sich vielleicht wer wünscht. Das müssen wir aushalten, wir im Saal müssen wir das im Übrigen auch manchmal aushalten. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich habe eine Wortmeldung zur Dringlichkeit. Natürlich finde ich das dringlich, ich weiß nicht, warum man das hier abstreitet. Außerdem, Karl, du erzählst mir gerade, was der Herr Eber gesagt hat, nämlich, dass ihr schon jahrelang kämpft, dass die Probleme dort gelöst werden, wir haben sie immer noch, also ist offenbar nicht wirklich etwas gelöst worden. Und unser Vorschlag wäre es eben gewesen, hier einen Elektrogrill einzusetzen, und mit dem Elektrogrill bin ich gleich einmal einige Probleme los, nämlich es gibt keine Rauchentwicklung, es gibt keine Brandlöcher und es gibt keine Brandgefahr, das mit dem Müll ist natürlich immer ein Problem. Die Ordnungswache sehe ich hier nicht in der Pflicht, würde ich euch wirklich sagen, sondern das ist eben das Straßenamt, das dann eben hinterheräumt, wie wir das eben schon gesagt haben, so lieb ist die Stadt Graz, wir räumen den Mist hinter den Menschen natürlich weg, aber dringlich ist es. Und vom Inhalt her, glaube ich, ist der Gasgriller die Lösung, und Kosten brauche ich keine, und niederschwellig hätte ich es gerne und so würden sich die Neos das vorstellen. Danke.

GR Günter Wagner:

Nachdem es sich abzeichnet, dass die Dringlichkeit in dem Fall nicht durchgehen wird, nutze ich die Gelegenheit trotzdem zu einem Schlusswort. Ich nehme aus dem Antrag

natürlich mit, dass das Thema, das dort den Bezirksrat und die Anrainer beschäftigt, nicht dringlich und somit auch offensichtlich nicht wichtig ist, kann man einfach so stehen lassen. Es gibt Jahre lang das Problem, es hat halt bisher keine Lösung gegeben, und wenn man dem jetzt auch nicht zustimmt, dann gehe ich jetzt einmal davon aus, dass man das einfach so akzeptiert und hinnimmt. Ich gebe schon Recht, es sind sehr viele Menschen dort. Sind wir froh darüber, sehr viele halten sich an das alles, da sind wir auch sehr froh, aber eben einige dann offensichtlich doch nicht und im Endeffekt geht es uns, glaube ich, auch alle nur darum, dort eine Lösung anzubieten und zu finden. Eingehen möchte ich auch auf den Abänderer vom Kollegen Brandstätter. Ich bin ein bisschen verwundert, dass genau der Punkt, der ja genau von eurem Bezirksvorsteher kommt, dass das kostenpflichtige niederschwellige Angebot genau herausgestrichen wird, ich habe mit der Frau Kollegin Reininghaus auch hier gerade gesprochen, weil sie auch gesagt hat, es stößt am Wort kostenpflichtig. Was gar nichts kostet, ist halt blöderweise auch nichts wert, da wäre es eher um den Anstandseuro gegangen, einfach um diese Reservierung irgendwo auch festzumachen und das ein bisschen fixer anzusehen. Meine Erfahrung ist, dass Reservierungstools, die überhaupt nichts kosten, ist, dass dann sehr oft diese Reservierungen nicht eingehalten werden, darum wäre es gegangen und nichts anderes. Dass das Problem eben da ist, haben auch die Ausführungen vom Herrn Kollegen Eber gesagt oder widerspiegelt; weil wenn die Holding hier immer aufräumen muss, dann heißt es auch, dass immer ein Dreck dort ist, sonst müssten sie es ja nicht aufräumen. Aber sind wir dankbar, dass sie das tut, aber hoffen wir, dass es vielleicht weniger oder irgendwann nicht der Fall sein wird. Und ganz kurz noch zum Antrag der Neos. Also ich will jetzt hier nicht eine Diskussion über das Holzkohlegrillen, Gasgrillen oder Elektrogrillen die Überlösung, also ich glaube, das entscheidet jeder für sich. Ordentliche Geräte nehmen 2.000 und mehr Watt Strom und sind in der Anschaffung sehr teuer. Ich weiß jetzt nicht, ob das jetzt der richtige Weg ist; eine zweite Variante wäre, dass man eben auf Olivenkernbriketts oder auf Kokosbriketts umsteigt, vielleicht wird auch das Ganze ein bisschen verbessern und das nachhaltiger nutzbar machen, und sage trotzdem danke

und hoffe, dass für die Anrainer irgendwann eine gangbare Lösung gefunden wird
(Appl.).

Die Dringlichkeit (FPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.

Die Dringlichkeit (Neos) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.

9.5 Konzept zur Wiederbelebung Bauernmarkt Triestersiedlung (GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Vielen liebe Dank, Frau Vizebürgermeisterin. Liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer, lieber Gemeinderat. Eine etwas leichtere Kost zwischendurch in dieser emotionalen Sitzung. Es geht um Bauernmärkte, die kennen wir alle, die nutzen wahrscheinlich viele von euch auch; wenn man rein die Marktordnung liest, ist ein bisschen ein nüchternes und trockenes Thema. Aber Bauernmärkte sind so viel mehr. Sie sind Kommunikationszentrale, sie sind Begegnungszonen im Bezirk, ein absolut kulinarisches Erlebnis hat man bei ihnen. Wer schon einmal mit einem Kind über den Bauernmarkt gegangen ist, erlebt auch, wie unsere Bäuerinnen und Bauern auf das reagieren, wo man überall Äpfel und eine Karotte abstauben kann, wie Kinderaugen leuchten können und die Düfte und das Erlebnis, weiß, wie wertvoll Bauernmärkte sind. Sie sind aber auch für unsere Bäuerinnen und Bauern Möglichkeit, ihr Produktportfolio zu präsentieren, direkt an den Kunden zu kommen, direkt dort ihre Waren zu offerieren, und dementsprechend auch aus dieser Perspektive hier total wichtig. Deswegen ist es schade, wenn manch ein Bauernmarkt nicht gut funktioniert, so einen gibt es halt leider in Graz, und zwar geht es genau um den in der Triestersiedlung. Wer ihn nicht genauer kennt oder nicht viel dort sein kann, weil das auch nicht in seinem Bezirk liegt, am Mittwoch hat er offen, da sind drei Stände, am

Samstag hat er offen, da sind fünf Stände. Was gibt es dort? Es gibt Obst, es gibt Gemüse, ab und zu auch, aber eher weniger, Fleisch. Es ist auch klar, mit diesen mobilen Tiefkühltruhen ist das halt ein bisschen schwer, das dort zu offerieren, aber es gibt Eier, es gibt Kuchen, es gibt Marmeladen, Säfte, also alles, was das Herz begehrt. Nicht nur, was das Herz, sondern auch, was die Seele begehrt, weil es eben wichtig ist als Institution für Jung und Alt, wichtig ist für unsere Bäuerinnen und Bauern, wichtig ist für Graz, und deshalb bitte ich jetzt einmal im ersten Schritt um die Zustimmung zur Dringlichkeit, weil es sehr dringlich ist, wenn so etwas verloren geht in Graz (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bauernmärkte sind mehr als ein gemischter Markt. Sie sind Begegnungszone, Platz für ein Miteinander, Kommunikationszentrale. Sie sind ein Platz wo Jung und Alt, egal woher sie kommen, aufeinander treffen und vor allem ins Gespräch kommen. Sie sind aber auch ein wichtiger Platz für unsere Bäuerinnen und Bauern. Denn dort haben diese die Möglichkeit, ihre Produktvielfalt an die Frau und an den Mann zu bringen. Sie können zeigen, welche wunderbaren Nahrungsmittel hier in der Region angebaut werden, hier in der Region wachsen. Schade ist es, wenn ein Bauernmarkt diesen vielfältigen Zweck nicht erfüllen kann. Genau dieses Schicksal trägt der Bauernmarkt in der Triestersiedlung. Dafür kann es viele Gründe geben. Um dem entgegenzuwirken, muss es ebenso viele Lösungen geben bzw. müssen diese gefunden werden. Dies vielleicht auch dergestalt, dass gezielter auf die Bewohner:innenschaft und deren Bedürfnisse eingegangen wird. Nur noch wenige Bäuerinnen und Bauern kämpfen gegen die Aufgabe des Standorts, kämpfen für die Möglichkeit, weiterhin ihre Produkte anbieten zu können. Wie lange dies noch wirtschaftlich möglich ist, kann nur schwer beantwortet werden. Lange sicherlich nicht. Wenn die letzten Stände auch noch schließen, verschwindet einer der großartigen Bauernmärkte der Stadt, verschwindet ein Ort der Begegnung und des Miteinanders im Bezirk, entspricht dies weder dem Gedanken der Stadt der kurzen Wege, noch dem Bemühen um die regionale

Wertschöpfung, die Stärkung der Nahversorgung. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichts ein Konzept zu entwickeln, welches innerhalb der Vorgaben der Marktordnung die Wiederbelebung des Standortes gemischter Bauernmarkt Triestersiedlung ermöglicht und somit den Menschen im Bezirk einen Ort der Kulinarik und der Kommunikation wieder bieten kann.

StRⁱⁿ Schönbacher:

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Kollegin Schlüsselberger, weil sie spricht hier über meinen Bauernmarkt, wo ich seit 20 Jahren hingehere. Früher konnte ich das nicht, weil ich von Dienstag bis Samstag gearbeitet habe, aber als unser Sohn auf die Welt gekommen ist, bin ich jeden Samstag mit dem Kinderwagen hingefahren und das war einfach wirklich immer ein schönes Erlebnis bei diesem Bauernmarkt. Damals gab es auch noch sehr viele Stände, angefangen von Fisch über Käse, Frischfleisch, Geselchtes, Obst, Gemüse, Kuchen, Brot, also alles, was man so brauchen konnte im Alltag. Und ich habe auch, so wie viele andere, meine komplette Wochenration immer dort eingekauft, was ich in dem Kinderwagen untergebracht habe. Was sehr schade bei diesem Markt ist, es gibt keine Parkplätze. Es sind viele ältere Leute dort, die einfach ihre Lebensmittel, die sie brauchen, nicht zu Fuß nachhause tragen können, weil es einfach viel zu schwer ist und viel zu weit weg ist. Deshalb stehen die Autos ab und zu ein bisschen kreuz und quer dort, weil einfach aus der Not heraus die älteren Leute dort sich hinstellen. Vielleicht ist das eine Sache, warum weniger Leute hinkommen. Was auch sicher Grund ist, warum weniger Besucher dort hinkommen, ist, weil immer weniger Stände sind. Mittlerweile sind es nicht mehr fünf am Samstag, sondern schon nur noch vier, was bedeutet, dass die Auswahl nicht da ist. Ich kenne sehr viele Leute,

die nach wie vor zum Bauernmarkt gehen. Wenn ich sie anspreche, warum treffe ich dich in der Triestersiedlung nicht mehr, dann sagen sie mir, weil das Sortiment nicht mehr da ist, und ich gehe am Samstag nicht zu zwei Bauernmärkten, weil da fehlt mir die Zeit, was ich sehr schade finde. Wir haben von der FPÖ Gries aus dort regelmäßig Tische aufgestellt, haben bei den Bauern Getränke und Kuchen gekauft und das an die Bewohner verschenkt, damit man einfach das gesellige Leben ein bisschen mehr herausstreichen kann, haben das einige Male gemacht. Es war recht nett, aber wenn man dort keinen Platz hat, um zu verweilen, keinen Platz hat, um dort zu sitzen oder auch ein Dach über den Kopf bekommt, dann ist es halt sehr schwierig, am Bauernmarktüberleben zu helfen, weil es so ist, dass die Bauernmärkte hipp sind, wo es einfach rund herum eine Gastro gibt, und das gibt es halt dort leider nicht. Also für diesen Bauernmarkt ist es echt fünf vor zwölf, deswegen bin ich sehr froh über diese Initiative, die wir auch unterstützen werden. Weil alles, was dem Bauernmarkt hilft, jedes Konzept, ist, glaube ich, dort herzlich willkommen. Wichtig ist halt, dass das Sortiment aufgefrischt wird, dass man die Bauern dazu bringt, dass sie dort wieder ausstellen, da sehe ich ein bisschen schwarz, weil das habe ich auch schon über Jahre versucht. Und die Bauern, die jetzt die Stände beschicken, die sind halt zum Teil schon im Pensionsalter, das heißt, wenn die keinen Nachfolger mehr haben, dann ist der Bauernmarkt dort leider sowieso tot. Was zusätzlich dort in der Gegend noch ist, viele Menschen sind auf billige Lebensmittel angewiesen und können es sich nicht leisten, zum Bauernmarkt zu gehen. Und es ist auch so, die älteren Leute, die wegziehen, wenn die Wohnungen frei werden, es ziehen einfach immer mehr Ausländer zu uns in die Gegend und da ist es so, man sieht sie zwar schon vorbeigehen, sie kaufen vielleicht einen Honig, aber viel mehr auch nicht, weil es einfach bei uns im Bezirk Gries immer mehr Halal-Märkte gibt, die einfach ein großes Sortiment haben, die sehr billige Lebensmittel anbieten und unsere Bauern dann leider ablösen. Also, wie gesagt, jedes Konzept ist willkommen. Ich glaube, gerade in dem Bereich bei diesem Bauernmarkt gibt es eine große Problemstellung. Also ich hoffe wirklich, dass es Ideen gibt, um den Bauernmarkt zu unterstützen. Und wir werden das gerne unterstützen, und wenn es auch mit unserem persönlichen Einsatz zu tun hat. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Daniela. Danke für deinen Antrag. Wir haben das ja auch zuletzt im Koalitionsausschuss kurz andiskutieren können. Der Triestermarkt ist ein wenig unser Sorgenkind. Es gibt Gott sei Dank eine Community, die darum bemüht ist, diesen Markt zu erhalten. Auch seitens des Marktamtes und auch von mir gibt es ein ganz klares Bekenntnis für diesen Markt und den Vorteil eines Bauernmarktes brauche ich dir, glaube ich, nicht erzählen, der liegt auf der Hand. Im Ausschuss habe ich einmal ein Thema angesprochen, das ist die Stromversorgung, das ist eine schnelle Maßnahme, die wir setzen können mit 30.000 Euro; aber es gibt noch eine Vielzahl an Ideen, die bereits jetzt schon herumschwirren. Und ich bin wirklich gerne bereit, Konzept zu erstellen mit den Marktbesckern, mit der Bezirksvertretung gemeinsam. Und ich hoffe, dass wir mit diesem Konzept und der Umsetzung diesen Markt attraktivieren können. Meine Bitte ist aber jetzt schon, ich bin gerne bereit, dieses Konzept zu erstellen, würde dich auch einbinden, wenn du ein paar Ideen hast oder auch andere, die hier Ideen einpflegen möchten, aber ich bitte darum, dass wir dann auch Ressourcen bekommen, diese Ideen umzusetzen. Das ist mir ganz, ganz wichtig, dass wir hier jetzt nicht leere Kilometer machen. Ich bitte darum (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Es freut mich. Ist das heute die erste Einigkeit im Gemeinderatssaal? Ein wichtiges Thema, es zeigt auch, wie sehr uns das alles natürlich am Herzen liegt. Die Probleme sind dort vielfältig, sind jetzt sicher auch nicht auf einer Ebene leicht zu lösen. Sei es jetzt drum, dass jetzt langsam die Pensionistinnen und Pensionisten dort, salopp gesagt, nicht mehr da sind, sei es drum, dass sich das Viertel und der Bereich auch multikulturell verändert. Es ist halt die Frage, gerade in dem Aspekt mache ich jetzt einen gedanklichen Stacheldrahtzaun darum und sage, ich halte mich dort fest oder

bin ein bisschen openminded. Openminded auch bei der Kreativität, und es ist mir schon klar, dass das Thema Budget jetzt halt auch schon den ganzen Tag ein bisschen so wie ein Meteoritenschauer hineinprasselt auf uns und bei allem mitschwingt. Trotzdem hoffe ich, dass wir einmal losgelöst von der Debatte einfach einmal schauen, ganz offen, was möglich ist, welche Ideen wir haben, welche Potenziale dahinterstecken, darüber reden, einmal nachfragen, einmal ein bisschen was machen, kostet nicht viel. Und dementsprechend freue ich mich über die breite Zustimmung und freue ich mich, dass, wenn der Markt ein neues Konzept hat und wiederbelebt ist, auch einmal wir den Weg, natürlich mit dem Rad, dorthin anzutun und auch dort einmal einzukaufen. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

**9.6 Konzept für Pilotanlagen zur Testung einer Ladeinfrastruktur für mobile Endgeräte an den Endhaltestellen
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, und sofern Sie noch zusehen, seien Sie auch herzlich begrüßt. Wir sind hier schon Richtung Zielgerade unterwegs. Wer kennt es nicht? Jeder von uns, und ich habe es heute etwas mehr beobachtet als sonst, ist mindestens mit einem Smartphone hier im Raum vertreten. Weiters gibt es auch sehr viele von uns hier, die zusätzlich ein Tablet oder noch ein Notebook oder sonst noch ein elektronisches Endgerät verwenden. Und wer kennt es nicht, wenn man vielleicht zuhause vergessen hat, es über Nacht aufzuladen, man ist unterwegs oder man hat so viel zu tun, dass irgendwann einmal der Akku leer wird? Ob das jetzt Schüler sind, ob das jetzt Leute sind auf ihrem Arbeitsweg nach Hause oder in die Arbeit, oder ob das einfach nur Touristen sind, die so quasi unsere Stadt erkunden. Alle brauchen

irgendwie ein bisschen Strom. Wenn wir uns vorstellen, dass es eigentlich viele Möglichkeiten gäbe, im Grazer Stadtgebiet derartige Ladestationen oder Lademöglichkeiten, eine gescheite Infrastruktur aufzustellen oder zu errichten, werden wahrscheinlich alle sagen, ja, das wäre nicht schlecht. Mein Gedanke geht in die Richtung von Haltestellen, das ist eigentlich ein Platz, wo sehr viele Menschen eine längere Zeit in Anspruch nehmen bzw. dort verweilen. Nicht nur, wenn man sagt, man geht bei der Endstation so quasi zu seinem öffentlichen Verkehrsmittel, sondern, wenn man auch umsteigt bzw. wenn vielleicht einmal einer ausfällt oder wie auch immer. Und genau in diesem Moment möchte man vielleicht seinen Treffpunktpartner, seiner Treffpunktpartnerin mitteilen, ich komme ein bisschen später oder ich komme später in die Firma, weil ich gerade mein Kind noch irgendwo versorgen habe müssen oder ich muss irgendetwas noch checken, z.B. einen Fahrschein online über die App. Und genau aus diesem Grund geht mein Antrag in die Richtung, dass es bei den Haltestellen eben jetzt dann gemacht werden soll, damit ich dort an einer Ladebuchse, USB oder USB-C, mein Handy aufladen kann. Ich nehme an, ich gehe nicht davon aus, ich nehme an, dass in dem Gemeinderatssaal vermutlich von den 48 Anwesenden 35 mindestens ein Ladekabel in ihrer Tasche oder in ihrem Rucksack haben, somit stellt sich auch nicht die Frage, ob ich irgendein Kabel dort vor Ort haben muss, sondern nur lediglich eine Ladebuchse, die mir die Möglichkeit gibt, mein Ladekabel anzuschließen. Und gerade die jungen Menschen sind eben auch mit dem Internet so unterwegs. Ich will nicht sagen, sie schleichen sich, sondern sie hüpfen von WLAN zu WLAN, um so einfach ihre Social-Media-Kanäle, um so auch vielleicht der spannenden Debatte der Politik zu horchen und vielleicht auch sich zu informieren, was sie vielleicht dann nach Schulschluss oder nach Schulende noch alles tun können. Die Möglichkeiten über das sind sehr vielfältig, man könnte das über Solarpaneele bei den Parkbänken machen, man könnte es aber auch bei den Haltestellen direkt, wo eben ein Stromanschluss wäre, und wo keiner wäre, wie bei den Parkscheinautomaten mit Solarpaneelen machen. Mittlerweile braucht man eigentlich das Smartphone auch schon, wenn man mit dem Handy bezahlt, man hat seine ganzen Vergünstigungskarten drauf, das heißt, jeder wischt eigentlich den ganzen Tag auf seinem Smart Phone herum. Ein weiterer

Punkt wäre für vielleicht, aber das traue ich mich jetzt gar nicht einbringen, aber ich würde es nur erwähnen, weil es mir heute einfallen ist, ab und zu wäre ein Kleiderhaken an der Haltestelle auch interessant, wenn man beide Hände voll hat mit Sackerln, dann kann man die vielleicht noch schnell hinhängen, aber das ist vielleicht schon zu viel des Guten. Deshalb stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht ersucht, mit der Holding Graz Gespräche zu führen, damit ein Konzept für einen Pilotversuch entwickelt wird, um das Laden mobiler Endgeräte an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln selbst zu ermöglichen. Dem Gemeinderat ist bis November ein Bericht vorzulegen. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Unterwegs zur Arbeit oder in die Schule, beim Einkaufen oder als Tourist beim Sightseeing – eines haben die Meisten immer dabei, wenn sie sich in der Stadt bewegen: das Smartphone. Doch was, wenn der Akku plötzlich versagt? Wie kommen wir ohne die mobile Navigation von A nach B und wie informieren wir unseren Chef, dass wir uns verspäten? Wie kann ich meine Freunde erreichen oder zu Hause Bescheid geben, wenn sich die Pläne ändern? Hier könnten die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel Abhilfe schaffen. Die Möglichkeiten sind hier vielfältig: Bänke, die über Photovoltaikpaneele Energie zur Verfügung stellen. Erweiterung von bestehenden digitalen Anzeigen um ein Lademodul oder auch das Anbringen einer Einheit bestehend aus Paneel und USB Stecker. Die Zukunft der Mobilität wird sich vermehrt im Bereich des öffentlichen Verkehrs bewegen. Somit werden sich auch viele Menschen dort bewegen. Unsere Jugendlichen sind förmlich mit dem Handy aufgewachsen und nicht nur sie, alle müssen derzeit – anstelle im öffentlichen Verkehrsmittel Bus – einen

Fahrschein über eine App kaufen. Dies wird auch weiterhin forciert. Glaubt man den Umfragen der Holding Linien ist dies der kommende Trend. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht ersucht, mit der Holding Graz Gespräche zu führen, damit ein Konzept für einen Pilotversuch entwickelt wird, um das Laden mobiler Endgeräte an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln selbst zu ermöglichen. Dem Gemeinderat ist bis November ein Bericht vorzulegen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Kollege Lenartitsch. Es ist ja ein netter Antrag, muss ich sagen, also er ist ja wirklich nett, aber wie so oft, wenn es ein Date gibt und man findet den anderen nur nett, dann gibt es kein Wiedersehen. Und bei dieser Idee, bei diesem Antrag, ist es so ähnlich. Mir kommt es vor, als wäre dieser Antrag ein bisschen aus der Zeit gefallen. Weil das Problem, das Sie hier beschreiben, da gibt es mittlerweile Lösungen dafür, da nimmt man eben irgendwas mit, sein Akku-Pack oder was auch immer, steckt das dort an, kann das dort aufladen. Und ich frage mich auch, ich bin wirklich ein Busbenutzer, ich versuche immer die Zeit an der Haltestelle möglichst kurz zu halten, also ich time das so, dass ich hingeh, dass ich drei oder vier Minuten dort stehe, da lade ich dann wahrscheinlich genau eine Minute auf. Ob das in den öffentlichen Verkehrsmitteln funktioniert, sei dahingestellt, ob da Umrüstung so schnell funktioniert, sei dahingestellt, das würde schon Sinn machen. Aber bei den Haltestellen, ich glaube, da sind Sie ein bisschen auf dem Holzweg, weil ich dann befürchte, dass wir dann dort herumlungende Gestalten haben, die dort ihre Handys aufladen, ihre Tablets aufladen und die Haltestellen dann eigentlich zweckentfremdet werden. Wenn wir schon über

Haltestellen reden, dann haben wir dort wirklich dringendere Probleme, als dass irgendjemand dort sein Gerät aufladen möchte. Ich erinnere an den Antrag, den wir alle gemeinsam beschlossen haben, zu den barrierefreien Haltestellen. Das ist ein Problem. Weil, wenn ich in den Bus hineinkomme, dann bin ich als Rollstuhlfahrer gezwungen, dort mein Handy aufzuladen, kann mich aber nicht fortbewegen; das mag jetzt ein bisschen makaber sein, aber das ist die Tatsache bei vielen, vielen Haltestellen. Also wäre im ersten Schritt wirklich wichtig, dass wir uns um die dringenden Probleme kümmern, eben bei den Haltestellen um die Barrierefreiheit, aber auch dann in weiterer Folge um andere dringende Probleme. Und wenn in diesem Saal die Auwiesenproblematik niedergestimmt wird und die Dringlichkeit versagt wird, dann ärgert mich das schon ein bisschen, weil ich war dort auch schon des Öfteren, habe mit den Anrainern gesprochen, dieses Problem wird nicht für dringlich erachtet, aber dann kommt dieser Antrag, mein Kollege Michael Winter hat das treffend formuliert, aus der New-Economy-Blase Anfang der 2000er, so in der Art, seht her, wir haben jetzt dieses neue Ding, dieses Smartphones und die müsste man aufladen an der Bushaltestelle. Also da muss man dann schon ein bisschen schmunzeln. Also wir werden diesem Antrag die Dringlichkeit verwehren. Es ist so nice to have, naja, wenn das irgendwann flächendeckend umgesetzt ist, dann sagt man wahrscheinlich nicht nein. An der Bushaltestelle wird man trotzdem nicht sein Handy aufladen, im Bus vielleicht schon, aber es zeugt ein bisschen von Ideenlosigkeit, die die SPÖ hier hat, wenn das ein dringlicher Antrag für eine Gemeinderatssitzung der zweitgrößten Stadt in Österreich ist (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR Lenartitsch:

Danke, Herr Klubobmann Pascuttini, dass Sie erwähnt haben, dass wir die zweitgrößte Stadt in Österreich sind und ich denke, da kann man das unseren Bürgern schon zumuten, auch den Jungen oder den Älteren, oder das Service anbieten, dass man so

quasi sein Telefon an verschiedenen Orten aufladen kann. Es gibt mehr Großstädte, die das anbieten, wir haben auch in Salzburg es bereits in öffentlichen Verkehrsmitteln und somit sind wir eigentlich schon hinten nach, weil Salzburg von der Einwohnerzahl auch weit, weit hinter uns liegt. Darum bitte ich einfach um Zustimmung bei diesem Antrag. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

**9.7 Nachhaltige Reduzierung der Abgabenlast: Grazer Unternehmer:innen entlasten
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen in den Weiten des Netzes, so sie noch da sind. Es geht um ein Stück betreffend Abgabenerleichterung, die Ende 2021 ausgelaufen ist und wo ich glaube, dass die Geschäftsgrundlage, wenn ich so formulieren darf, für dieses Auslaufenlassen weggefallen ist. Man hat die Nutzungsentgelte öffentliches Gut ja ausgesetzt und jetzt wieder eingeführt in der Hoffnung, dass sich die Lage bessert, dann kam die Ukraine und die Covid-Situation ist für die Unternehmen auch noch nicht ausgestanden. Daher unser Antrag, die Nutzungsentgelte öffentliches Gut wieder auszusetzen, zumindest in einigen Bereichen, und so die Abgabenlast, die die Unternehmen doch sehr drückt, zu senken. Wir schauen sehr in Richtung SozialCard, in den sozialen Bereich, das ist wunderbar, dass wir hier der Teuerung entgegenwirken wollen, aber ich glaube, wir müssen auch auf die Unternehmerinnen und Unternehmer schauen und hier auch Hilfestellung bieten. Und daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die Aussetzung der Nutzungsentgelte öffentliches Gut (für beispielsweise: Gastgärten, Fahnen, Spruchbänder, Ausstellungsvitrinen, Hinweistafeln, Beschriftungen, etc.) wiedereinzuführen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der September-Sitzung zu informieren. Ich bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wenn Betriebe den öffentlichen Raum mit nutzen, muss ein Nutzungsentgelt öffentliches Gut entrichtet werden. Dieses fällt zum Beispiel bei der Nutzung durch Gastgärten, Fahnen, Spruchbändern, Ausstellungsvitrinen, Hinweistafeln und Beschriftungen an. Die Unternehmer und die Gastronomie hat in den letzten Jahren bereits genügend Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, daher soll die Stadt Graz den eigentlich schon einmal eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und nach dem Vorbild der Stadt Wien auf einige dieser Nutzungsentgelte öffentlichen Guts verzichten. Jeder kleine Handels- oder Gewerbebetrieb in den Einkaufsstraßen kämpft mit der Teuerungswelle, Lieferschwierigkeiten, Engpässen und Personalmangel. Darüber hinaus weist Österreich in einem aktuellen OECD-Vergleich bei der Steuer- und Abgabenquote den dritthöchsten Wert auf. Mit einer Abgabenlast von 47 % liegt Österreich laut der Studie „Taxing Wages 2022“ hinter Belgien mit 52,6 % und Deutschland mit 48,1 % auf Rang 3. In solch einer prekären Situation wäre es nur folgerichtig, die Abgabenlast für lokal tätige Unternehmer:innen nachhaltig zu reduzieren. Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die Aussetzung der Nutzungsentgelte öffentliches Gut (für beispielsweise: Gastgärten, Fahnen,

*Spruchbänder, Ausstellungsvitrinen, Hinweistafeln, Beschriftungen, etc.)
wiedereinzuführen.*

*Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der September-Sitzung zu
informieren.*

GR DI Ram:

Liebe Anwesende, lieber Grazerinnen und Grazer, sehr geehrter Herr Gemeinderat Pointner, lieber Philipp. Ich schätze ja deinen Einsatz für die durchaus von den Krisen gebeutelten Unternehmer, obwohl ich halt natürlich sagen muss, wir glaube nicht, dass das richtige Ansatz ist. Ich glaube, man sollte vielleicht sagen, wenn es um diese Aussetzung der Abgaben für das öffentliche Gut geht, da geht es ja um unseren gemeinsamen öffentlichen Raum. Und es ist schon skurril, wenn wir jetzt fordern würden, dass die Unternehmer, die ja diesen öffentlichen Raum nutzen für ihre Sitzplätze etc., dass wir jetzt sagen, ok, die würden dafür nichts mehr bezahlen. Das war vielleicht ein adäquates Mittel, dass man jetzt während Corona, wo es wirklich akut war, dass man hier sagt, das setzt man jetzt aus als Sofortmaßnahme, aber das kann nicht unser Ziel sein, also wir haben ja eine Verantwortung für den öffentlichen Raum, die Plätze, wie wir die verteilen und wie wir die nutzen. Und es ist auch, glaube ich, durchaus legitim, dass die Unternehmer, die ja dann auf dieser Fläche auch ihren Umsatz machen, dass sie da dafür auch zahlen. Nichtsdestotrotz, die Unternehmer haben es sicher nicht leicht; nach schwierigen Corona-Jahren haben wir jetzt die Situation, dass die Teuerungswelle anrollt, die Kosten steigen und die sind bei weitem nicht immer abwälzbar auf die Kunden. Ich möchte darauf hinweisen in diesem Zusammenhang, man sollte die Unternehmer auch darauf hinweisen, es gibt natürlich bereits ein Teuerungspaket der Bundesregierung von 1 Mrd. Euro, wo eben Strompreiskompensationen drinnen sind, Teuerungsprämien für Arbeitnehmer:innen, eine Senkung der Lohnnebenkosten oder auch ein Kostenersatz für besonders energieintensive Unternehmen. Und da, glaube ich, sollten wir alle Unternehmer

darauf aufmerksam machen, dass sie diese Möglichkeiten so gut wie möglich nutzen. Weiters gibt mir das die Möglichkeit, auf etwas hinzuweisen, auf das wir, glaube ich, ganz stolz sein können. Wir haben ja als grüne Fraktion gemeinsam mit der Koalition einen Antrag eingebracht, dass wir eben die Wirtschaftsstrategie überarbeiten der Stadt Graz, also nach nachhaltigen, sozialen Kriterien, darf mich hier bei der Wirtschaftsabteilung und dem zuständigen Stadtrat bedanken, dass das jetzt in die Umsetzung kommt und darf Sie alle dazu einladen, jetzt bei den Interviews, die jetzt im Sommer geplant sind, dabei mitzuarbeiten, also mit Ihrem kreativen Ideen und Ihren Vorschlägen, dass wir hier zu einer innovativen, neuen und für unsere Unternehmer adäquaten und guten Lösung in den Förderungen und der Unterstützung kommen. Also in diesem Sinne würde ich euch auch bitten als Neos, dass ihr hier mitmacht und dass wir eben gemeinsam hier Wege finden, dass wir genau diese Unternehmer unterstützen. Wir können aber leider diesen Antrag nicht unterstützen in der Dringlichkeit (*Appl.*).

KO GR Ehmann:

Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, im Gemeinderat, meine Zuhörer:innen und Zuseher:innen im Livestream, lieber Antragsteller. Grundsätzlich ein berechtigtes Anliegen. Wir haben auch in der Pandemiezeit das tatsächlich auch so gehandhabt, was vernünftig war, das auszusetzen, um letztendlich Unternehmerinnen und Unternehmer zu entlasten. Aber dass der öffentliche Raum grundsätzlich als attraktiv empfunden wird, liegt schon auch daran, und dass er gerne genutzt wird, dass die öffentliche Hand sehr viel Geld in die Hand nimmt letztendlich. Das beginnt bei der Platzgestaltung und es endet bei profanen Dingen wie WC-Bürsten in Toiletanlagen, das reicht von der Straßenreinigung bis zur Grünraumpflege letztendlich. Aber dass das alles Aufwand ist, der natürlich auch kostet, das wissen wir alle, dass so manche Baumscheibe im öffentlichen Raum aussieht, als hätte sich ein Säbelzahn tiger sich daran vergangen. Ok, die Viecher wären jetzt doch ein bisschen zu groß, vielleicht gehen wir auch auf den seltenen Feuersalamander als Übeltäter. Aber was will ich

eigentlich damit sagen? Das klingt jetzt alles ein bisschen verwirrend, aber auf jeden Fall der Punkt ist, Pflege kostet. Und insofern ist das, glaube ich, unserer Meinung nach nur recht und billig, wenn jene, die diesen öffentlichen Raum auch alle gemeinsam nutzen, auch einen adäquaten, gerechten Beitrag dazu leisten. Und ich glaube, daher werden wir der Dringlichkeit als auch dem Antrag selbst in diesem Fall nicht zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte kurz auf eine im Motiventext erwähnte Sache eingehen, nämlich die hohe Abgabenlast in Österreich, die hier angeführt wird. Dazu möchte ich sagen, dass ja Steuern und Abgaben per se nichts Schlechtes sind, sondern notwendig sind, damit ein Staat überhaupt seine Aufgaben erfüllen kann, sei das der Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, Bildungsmöglichkeiten, Investitionen in Pflege und Gesundheit, in den sozialen Ausgleich und noch viele weitere Aufgaben. Von dem her sollte man sich dann eher anschauen, wie die Abgabenlast verteilt ist, und die ist in Österreich so verteilt, dass Arbeitseinkommen sehr hoch besteuert, während Vermögen nicht besteuert werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern, auch europäischen bzw. EU-Staaten, weil wir vorher das Thema gehabt haben, und das weist auch die OECD regelmäßig kritisch darauf hin. Zum konkreten Antrag, also die Kollegen vor mir haben eh schon einiges vorweggenommen, es handelt sich eben um den öffentlichen Raum, und gerade in der wärmsten Jahreszeit stehen eben viele öffentliche Flächen nicht direkt der Bevölkerung zu, sondern dienen eben z.B. als Gastgärten und sind damit eigentlich nur beschränkt der Öffentlichkeit zugänglich, nämlich, wenn ich dort etwas konsumiere. Und wenn man eben als Unternehmen diesen öffentlichen Raum nutzt, um damit Profit zu machen, dann soll man auch dafür bezahlen, denn der öffentliche Raum wird ja auch erhalten von der öffentlichen Hand. Gerade die Neos haben ja in der letzten Sitzung dem Budget nicht zugestimmt, auch mit dem Hinweis auf einen steigenden Schuldenpfad. Die Stadt ist aber auch in irgendeiner Weise auf Einnahmen

angewiesen, um eben ihre Aufgaben im Sinne der Bewohner:innen wahrnehmen zu können, zumal die beschriebenen Teuerungen ja auch die Stadt treffen. Das sehen wir ja jetzt immer wieder im Finanzausschuss, dass einfach Bauprojekte und Investitionskosten teurer werden aufgrund der gestiegenen Preise weltweit. Eben aus diesem Grund sehen wir eigentlich die Dringlichkeit in diesem Sinn nicht gegeben für diesen Antrag und werden der Dringlichkeit auch nicht zustimmen (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Liebe Kollegen von den Neos, bei der Lektüre Ihres Antrages habe ich mich tatsächlich gefragt, habt ihr schon hineingefunden in eine grundsätzliche Programmatik, ob ihr jetzt eigentlich eine liberale Wirtschaftspartei sein wollt oder ob ihr eine staatliche Rundumversorgung wollt? Also ich würde ja verstehen, wenn z.B. die SPÖ herginge und sagen würde, ja, da muss man einen Schnitzelgutschein erfinden oder was auch immer. Aber dass ausgerechnet jetzt die Neos daherkommen mit der genialen Idee, kaum tritt irgendein schwieriger Fall ein, für den der Bund massive millionenschwere Hilfspakete schnürt, dass Sie jetzt glauben, dass Sie dann mit einer kleinen Marginalabgabe, die jeder Unternehmer für die Nutzung des öffentlichen Gutes leisten soll, dass Sie damit jetzt das große Problem der Energiekostenteuerung lösen, ist eigentlich irgendwie überraschend. Ich würde Sie gerne einladen, mir zu sagen, ob Sie ungefähr eine Ahnung haben, worüber wir hier betraglich reden. Ich sage es Ihnen, ich habe mir hier herausgesucht das Stück vom 25. Februar 2021, da hat die Frau Stadträtin Kahr, damals übrigens noch als Verkehrsstadträtin, bei einer der Corona-Pandemiewellen tatsächlich befristet für einige Zeit die Gastgartengebühren und auch die Würstelstandgebühren ausgesetzt. Wir reden hier im Jahr 2021 von 27.000 Euro bei den Würstelständen und von 500.000 Euro Gastgartengebühren. Ich glaube nicht, dass wir jetzt die Putinsche überfallsartig ausgelöste Gaskrise und die daraus resultierende Inflation und Energiekostensteigerung damit lösen, indem wir jetzt einfach aus Jux und Tollerei im dringlicher Antrag einer Gemeinderatssitzung jetzt einfach schnell eine Abgabe bzw. eigentlich genauer genommen eine

Benutzungsabgabe abschaffen. Im Übrigen freue ich mich, dass der Kollege Ehmann und auch die Kollegen von der KPÖ hier den richtigen Weg beschreiten, nämlich zu sagen, hier ist keine Dringlichkeit gegeben. In Wahrheit geht es darum, dass wir eine Nutzungsabgabe zahlen, nämlich eine Benutzungsgebühr für das öffentliche Gut. Jemand, der eben seine wirtschaftlichen Chancen am Gehsteig, am Parkplatz nutzen möchte, um dort einen Würstelstand oder eben einen Gastgarten zu betreiben, der möge einen kleinen bescheidenen Obolus zahlen, der bei weitem, wenn er wegfiel, nicht ausreicht, um die Kostensteigerungen, die ohnedies durch den Bund abgedeckt werden, zu kompensieren. Also ich muss für meine Fraktion sagen, für solche blitzartigen Gebührenabschaffungen stehen wir nicht zur Verfügung (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Ein kleines Schlusswort dazu. Interessant, die KPÖ, der Argumentation, dass die Teuerungen im Massiven nur die Stadt treffen und die Unternehmer:innen nicht, kann ich nicht folgen. Was auch irrelevant ist, dass für die kleinen Unternehmer, dass die Abgabenlast in Österreich OECD-weit an dritthöchster Stelle ist, ist auch für die kleinen Unternehmen schon irrelevant. Interessant für mich die Geringschätzung der ÖVP gegenüber kleinen Unternehmen, die teilweise einen gar nicht so kleinen Obolus zahlen müssen, den dieses Nutzungsentgelt ausmacht, den haben wir uns durchaus angeschaut, das ist teilweise sehr hoch. Und tja, liebe KPÖ, das Vermögen von den kleinen Gewerbetreibenden, das möchte ich gerne einmal sehen, was der für ein Vermögen hat. Und wenn man den Wirtschaftstreibenden, und seien sie noch so klein, nicht ein bisschen hilft, dann wird man halt irgendwann auch die Steuern von denen auch nicht mehr haben, weil es sie nicht mehr gibt. Vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) abgelehnt.